

Beschlussbuch

21. April 2018
Göttingen



JUSOS

Göttingen



Juso Kongress

**„Wer sich nicht
bewegt, spürt seine
Fesseln nicht.“
(Rosa Luxemburg)**

Juso-Kongress 2018 – Gemeinsame Konferenz des Juso-Stadtverbands
und des Juso-Unterbezirks Göttingen

Samstag, 21.04.2018 – Ingeborg-Nahnsen-Forum – Nikolaistraße 30, 37073 Göttingen
Redaktion und Layout: Nils Quentel

Inhalt

Arbeitsprogramm der Göttinger Juso-Vorstände 2018: <i>Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht</i>	4
Anträge	
Initiativantrag Ini1 – Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.	20
B – Bildung, Gesellschaft, Feminismus	
B1 – Geschlechterneutrale WCs	21
B2 – Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen	22
B3 – Altkleidercontainer besser kennzeichnen	24
B4 – Revolution statt Reformation	25
B5 – Ende der Diskussion – Warum wir nicht mit Nazis reden	26
B6 – Lernen zu Lehren im 21. Jahrhundert – Neue Herausforderungen in der Lehrer*innenbildung konsequent angehen	29
B7 – Kirchen überprüfen – Verfassungsfeindliche Symboliken entfernen	32
G – Gesundheit	
G1 – „Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen	33
G2 – Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf	35
G3 – Organspende stärken – Widerspruchslösung jetzt!	36
G4 – Soziale Berufe aufwerten, Qualität steigern, Berufsbild attraktiver machen	37
G5 – Aufhebung der Altersgrenze in der Familienversicherung während der (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung	39
I – Internationales	
I1 – Die Kurd*innen – das größte staatenlose Volk. Eine Resolution.	40
I2 – Europa entdecken	41
K – Kommunales	
K1 – Das JUZI unterstützen – gestern, heute, morgen – eine Resolution.	42
K2 – Mehr Flauschigkeit wagen – Alpakas auf dem Göttinger Kehr ansiedeln und auswildern	43
K3 – Graffiti-Kunst in Göttingen – Mehr Räume für Street Art schaffen!	45
P – Parteileben	
P1 – Eine sozialdemokratische Erzählung – What are you talking about?	47
P2 – SPD erneuern – Mitgliederstrukturen verbessern	48
R – Recht, Inneres	
R1 – Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!	49
R2 – Unterbringen statt abschieben	51
R3 – Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung	53
R4 – Verkehrsschilder fürs 21. Jahrhundert	54
R5 – Unabhängige Untersuchungsinstanz für Polizist*innen	55
R6 – BFE abschaffen	57
U – Umwelt	
U1 – Als die Tiere den Wald verließen – Eine Geschichte vom Wolf	59
U2 – Pfand gehört daneben – überall	61
W – Wirtschaft, Verkehr	
W1 – Genossenschaftliche Wirtschaft fördern	63
W2 – Erste Klasse auf das Abstellgleis. Einheitsklasse im Regionalverkehr	66
W3 – Besteuerung von sehr hohen Einkommen ausweiten	69
W4 – Änderung des Kinderfreibetrags	70

Jusos Göttingen 2018: *Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht*

W5 – Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines nichtheteronormativen Familiensplittings	72
W6 – Vermögenssteuer wieder einführen	74
W7 – Erbschaftssteuer wirksam und demokratisch sozialistisch gestalten	75

AP

Arbeitsprogramm der Göttinger Juso-Vorstände 2018:

Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Beschlusnummer 2018.AP

1 1. Einleitung

2 Das vorliegende Arbeitsprogramm dient allen Jusos im Unterbezirk und im Stadtverband Göttingen
3 als Grundlage für die politische Arbeit in der kommenden Amtsperiode. Es drückt unser Politikverständnis
4 als Jungsozialist*innen aus.

5 Dem Unterbezirks- und Stadtverbandsvorstand soll es als Arbeitsgrundlage dienen. Die Vorstände
6 sollen sich daran orientieren und gemeinsam mit den Jusos möglichst viel davon umsetzen. Dennoch
7 ist es natürlich ein Ziel, auch neue Ideen und Ansätze, über das Arbeitsprogramm hinaus, zu entwickeln.
8

9 Die Amtsperiode wird vor allem von der Erneuerung der SPD geprägt sein, die wir Jusos auf allen
10 Ebenen begleiten werden und in die wir uns aktiv einbringen wollen. Wir werden nicht lockerlassen
11 und darauf hinwirken, dass es zumindest SPD intern kein „weiter so“ geben wird und wichtige
12 Erneuerungen umgesetzt werden. Auch die kritische Begleitung der erneuten Großen Koalition
13 wird eine wichtige Aufgabe für uns Jusos sein, immerhin waren wir Teil ihrer größten Gegner*in-
14 nengruppe. Neben diesen Punkten wird aber auch die Europawahl im Mai 2019 im Fokus unserer
15 Arbeit stehen. Wir werden einen eigenen Jugendwahlkampf planen und umsetzen.

16 All diese Punkte werden wir unter dem Motto „*Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht*“
17 (Rosa Luxemburg) angehen. Denn wir können nur Missstände erkennen und beheben, in dem wir
18 sie hinterfragen und angehen. Also: lasst uns was bewegen und die Fesseln loswerden!

19

20 2. Wer wir sind

21 Wir Jungsozialist*innen sind ein eigenständiger Richtungsverband innerhalb der SPD. Auf Basis
22 unserer Grundwerte entwickeln wir eigene politische Ideen, die wir sowohl in unsere Mutterpartei
23 einbringen, als auch außerhalb in der Öffentlichkeit vertreten und bewerben.

1 Unsere Ergebnisse und Beschlüsse sind das Resultat einer solidarischen Zusammenarbeit. Durch
2 verschiedene gemeinsame Veranstaltungsformate, wie den Arbeitskreisen, entwickeln wir ge-
3 meinsame Inhalte und Ideen. Politische Arbeit ist so mehr als simple Vorstandsarbeit und bindet
4 alle Jusos und Interessierten in und um Göttingen mit ein.

5

6 2.1. Eigenständiger linker Richtungsverband in der SPD

7 Wir Jusos sind ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband, der
8 in kritischer Solidarität zur SPD steht.

9 Sozialistisch bedeutet für uns, die aus dem Kapitalismus resultierenden herrschaftsgeprägten
10 Strukturen zu überwinden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen frei von Unterdrü-
11 ckung, Ausbeutung und Ungleichheiten solidarisch miteinander leben können. Dies zu realisieren
12 sehen wir als immerwährende Aufgabe. Die Menschen müssen weltweit über die Missstände des
13 Kapitalismus aufgeklärt werden und vom Demokratischen Sozialismus als Alternative überzeugt
14 werden. Solange der Kapitalismus herrscht und uns seine Herrschaftsstrukturen aufzwingt, kön-
15 nen wir Menschen niemals frei und selbstbestimmt leben. Eine Gesellschaft, welche ihre Mitglie-
16 der anhand ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft bewertet, kann nicht gerecht sein. Ein System, das
17 immer neue Ungleichheiten schafft, kann nicht dadurch bekämpft werden, indem man diese Un-
18 gleichheiten immer nur abmildert. Deswegen reicht es nicht, sich mit dem Kapitalismus zu arran-
19 gieren. Unser Ziel muss es sein, ihn zu überwinden und eine neue freiere und solidarischere Ge-
20 sellschaft zu schaffen.

21 Feministisch bedeutet, dass wir für eine Gesellschaft kämpfen, in der alle Menschen selbstbe-
22 stimmt, gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Gleichstellung ist in einem kapitalistischen
23 System nicht möglich, denn Kapitalismus und Patriarchat basieren auf Unterdrückung und Un-
24 gleichheiten.

25 In unserer Gesellschaft bestehen nach wie vor patriarchale Strukturen, diese sichern den Män-
26 nern* Macht und Eigentum. Diese Strukturen äußern sich auf unterschiedliche Weisen: Frauen*
27 erhalten weniger Lohn bzw. Gehalt als Männer (Gender Pay Gap), haben weniger Teilhabe an der
28 Macht, werden häufiger Opfer sexueller Gewalt, die Medien unterstützen das Bild der Frau* als
29 Sexobjekt, schon in der frühen Erziehung werden Kinder in ihre Geschlechterrollen gepresst.

1 Diese strukturellen Bedingungen werden häufig als einzelne Probleme gesehen und zu bekämp-
2 fen versucht. Doch sie alle dienen nur einem Zweck, nämlich der Ausübung und Sicherung von
3 Macht und Unterdrückung. Diese Strukturen gilt es zu bekämpfen und aufzubrechen.

4 Feminismus heißt für uns: Kämpfen gegen Sexismus. Kämpfen gegen Stereotype. Kämpfen gegen
5 Diskriminierung, Kämpfen gegen Gewalt an Frauen*. Kämpfen gegen das Patriarchat! Für uns
6 hängen Sozialismus und Feminismus unabdingbar zusammen. Wie August Bebel bereits in „Die
7 Frau und der Sozialismus“ erkannte: *„Ein Sozialist ist ein Feminist oder er ist kein Sozialist“*.

8 Internationalistisch bedeutet, jenseits bestehender nationaler Ländergrenzen zu denken. Eine
9 freie, gerechte und solidarische Gesellschaft unterscheidet nicht nach Nationalität, Hautfarbe, Re-
10 ligion oder Ethnie. Die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben ohne Not, Verfolgung und Unter-
11 drückung führen zu können, darf nicht das Privileg eines bestimmten Geburtsortes sein.

12 Wir stellen uns klar gegen eine Abschottungspolitik in Europa, die Menschen auf der Suche nach
13 Frieden und Sicherheit abweist.

14 Auch innerhalb der SPD sind nationalstaatliche Denkmuster leider immer noch zu stark verbreitet.
15 Die SPD versucht in Wahlkampfzeiten, leider diese Denkmuster für eigene Zwecke zu nutzen. Un-
16 sere innerparteiliche Aufgabe als Jusos ist es, auf eine Überwindung solcher Sichtweisen hinzu-
17 wirken. Wir Jusos lehnen die „Nation“ als Konstrukt ab, das Menschen aufgrund ihrer Abstammung
18 oder ihres Geburtsortes einteilt, da dies unserer Überzeugung widerspricht.

19

20 2.2. Unser Weg – Die Doppelstrategie

21 Wir glauben nicht an die Allmacht der Parlamente. Die Realität hat uns in der Vergangenheit deut-
22 lich gezeigt, dass vor allem Kritik und Aufklärung auf der Straße die wirksamsten Mittel sind, um
23 eingefahrene Strukturen zu durchbrechen und für mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft
24 zu sorgen. Dabei ist es entscheidend, sich mit anderen progressivdenkenden Organisationen zu-
25 sammen auf eine Seite zu stellen, um als Bündnispartner*innen für ein gemeinsames, linkes Pro-
26 jekt einzustehen. Daher werden wir uns weiterhin mit diversen Bündnispartner*innen vernetzen.

27 Es ist unsere Aufgabe, für ein progressives Bewusstsein in der gesamten Gesellschaft zu sorgen.

1 Konkret bedeutet dies, dass wir die SPD von innen heraus verändern müssen, um Mandatsträ-
2 ger*innen der SPD in allen parlamentarischen Institutionen zur politischen Umsetzung unserer
3 sozialdemokratischen Grundwerte zu bringen.

4 Wir werden auch in Zukunft dem Prinzip dieser Doppelstrategie folgen: Das heißt, dass wir einer-
5 seits weiterhin versuchen werden, vor allem mit anderen linken Jugendorganisationen in Dialog
6 zu treten, um eine gesamtlinke Bündelung der Kräfte in Göttingen zu realisieren. Andererseits
7 müssen wir noch verstärkt den innerparteilichen Diskussionsprozess mitgestalten, um das Mei-
8 nungsbild unserer Mutterpartei in unserem Sinne zu prägen.

9

10 3. Zielsetzung

11 Für das nächste Vorstandsjahr haben wir uns einige Ziele gesetzt, sowohl innerhalb der Jusos, als
12 auch außerhalb. Die Vorstände werden ihr Bestes geben, diese umzusetzen. Doch allein werden
13 wir das nicht schaffen, dafür brauchen wir viele aktive Jusos und auch die SPD, die uns dabei
14 unterstützen und mitwirken.

15

16 3.1. Innerverbandliche Zielsetzung

17 Wir wollen innerhalb der Jusos unsere gute Arbeit fortsetzen und auch ausweiten. Dabei sind uns
18 die folgenden Punkte besonders wichtig:

19 Aktive Mitgliederwerbung und -bindung

20 Als Jusos können wir nur stark auftreten und unsere Inhalte nach außen tragen, wenn wir ein
21 starker Verband sind. Dafür brauchen wir möglichst viele aktive Mitglieder. Deshalb wird in der
22 nächsten Amtszeit wieder ein Fokus auf die Mitgliederwerbung gesetzt. Durch regelmäßige
23 Neumitgliederabende und über Öffentlichkeitsarbeit, vor allem per Social Media, wollen wir auf
24 uns aufmerksam machen und neue Mitglieder gewinnen. Doch dabei soll und darf es nicht blei-
25 ben. Wir wollen die neuen Genoss*innen aktiv einbinden und in unsere Strukturen integrieren.
26 So sollen Formate wie die Arbeitskreise eine Plattform bieten, um sich von Anfang an aktiv einzu-
27 bringen.

1 Doch nicht nur Neumitglieder sollen eingebunden werden, sondern auch alle, die schon dabei
2 sind. Durch offene und vielfältige Formate wollen wir Lust auf Mitarbeit machen und die Möglich-
3 keit hierfür bieten.

4 Neue Frauen*

5 Auch wir Jusos haben - zwar in geringerem Ausmaß als unsere Mutterpartei - nach wie vor Prob-
6 leme, Frauen* zu werben und langfristig in unsere Strukturen einzubinden. Wir wollen daher wei-
7 terhin am Frauen*vernetzungstreffen im Unterbezirk festhalten und einen Schutzraum zum Aus-
8 tausch schaffen. Wir verstehen uns als feministischer Richtungsverband und werden daher prak-
9 tische Awarenessarbeit in unser Handeln einbinden.

10 Vielfalt bei den Jusos

11 Unsere Gesellschaft ist divers. Das müssen wir auch in unsere Verbandsstrukturen miteinbezie-
12 hen. Wir wollen gemeinsam darauf achten, unsere Veranstaltungen barrierefrei zu gestalten und
13 möglichst niedrigschwellige Partizipationsangebote schaffen.

14 In die Fläche gehen

15 Wir wollen auch weiterhin aktiv im ganzen Unterbezirk sein. So wollen wir die bestehenden Juso-
16 Strukturen im Landkreis unterstützen und streben an, dass sich auch neue Juso Arbeitsgemein-
17 schaften gründen. Aber auch die SPD wollen wir im kompletten UB unterstützen, so auch beim
18 Europawahlkampf oder anstehenden Oberbürgermeister*innenwahlen. Wir wollen sichtbar im
19 kompletten Landkreis sein.

20 Vernetzung mit anderen Ebenen, Hilfe bei Wahlkämpfen

21 Die Jusos Göttingen steht natürlich nicht als autarke Struktur in unserem Blickfeld. Es ist uns in
22 diesem Jahr besonders wichtig, die Vernetzung mit anderen Gliederungen unseres Verbands vo-
23 ranzutreiben. Durch gemeinsame Veranstaltungen oder Austauschtreffen möchten wir die umlie-
24 genden Juso-Unterbezirke noch näher kennenlernen und Synergieeffekte erzeugen. Auch auf die
25 übergeordneten Strukturen wie den Bezirken oder dem Landesverband wollen wir aktiv zugehen
26 und unsere bereits sehr gute Vernetzung pflegen und ausbauen.

27 Neben inhaltlichem Austausch muss der Blick auch auf die kommenden zwei Landtagswahlen in
28 Hessen und Bayern gerichtet werden. Wir Jusos Göttingen setzen uns zum Ziel, den wahlkämp-
29 fenden Juso-Gliederungen tatkräftig unter die Arme zu greifen und gegebenenfalls personelle

1 Wahlkampfunterstützung anzubieten. Bayern und Hessen brauchen eine starke sozialdemokrati-
2 sche Handschrift in der Landespolitik – gerne werden wir unseren Teil dazu beitragen.

3 Bündnisarbeit

4 Unsere Bündnisarbeit wollen wir weiter ausbauen. Wir streben dazu eine themenbezogene Zu-
5 sammenarbeit mit Jugendverbänden, Vereinen und anderen lokalen Initiativen an; dort, wo es
6 möglich ist, auch mit den Jugendorganisationen anderer Parteien. In den Stadtjugendring als dies-
7 bezügliche Austauschplattform werden wir uns weiterhin einbringen. Von besonderer Bedeutung
8 bleibt für uns die Kooperation im Bereich antifaschistischer Arbeit unter anderem durch Mitarbeit
9 im Bündnis gegen Rechts. Als natürliche Bündnispartner*innen sehen wir außerdem die Gewerk-
10 schaftsjugend an. Der Kontakt zu ihnen soll intensiviert werden.

11 Aber auch andere lokale Institutionen in Göttingen und im Umland, wie beispielsweise Kulturein-
12 richtungen, wollen wir bei bestimmten Themen in unsere Arbeit einbeziehen.

13 3.1.1. Vorstandsarbeit

14 Die öffentlichen Vorstandssitzungen des Juso-Unterbezirks und des Juso-Stadtverbands werden
15 mindestens zweimal im Monat stattfinden.

16 Die Vorstände arbeiten transparent und bieten auch die Möglichkeit, Nichtvorstandsmitglieder
17 aktiv einzubinden. Es soll zudem eine klare Aufgabenteilung innerhalb der Vorstände geben, die
18 zum Teil auch auf der Homepage veröffentlicht werden (solange es von Interesse ist).

19 Die Koordinator*innen der Arbeitskreise sind aufgefordert, dem Juso-Unterbezirksvorstand und
20 dem Juso-Stadtverbandsvorstand regelmäßig auf den Vorstandssitzungen zu berichten. Der Juso-
21 Unterbezirksvorstand und der Juso-Stadtverbandsvorstand unterstützt und berät die Koordina-
22 tor*innen der Arbeitskreise. Es soll angestrebt werden, dass auch Nichtvorstandsmitglieder diese
23 Aufgabe übernehmen können.

24 Zu Beginn des Monats ist von den Kassenverantwortlichen auf der Vorstandssitzung ein Finanz-
25 bericht vorzulegen.

26 3.1.2. Veranstaltungen, inhaltliche Projekte

27 Wir wollen auch in Zukunft unsere Inhalte auf verschiedenen Veranstaltungsformaten diskutieren.

28 Wir versuchen ein breites Spektrum anzubieten, sodass sich möglichst viele Interessierte einbrin-
29 gen können und wir viele Themen und Inhalte abbilden.

1 Arbeitskreis Feminismus

2 Der Arbeitskreis Feminismus soll auch im nächsten Jahr regelmäßig tagen und Teil der AK Struktur
3 sein. Inhalte sollen von den Mitgliedern möglichst selbst bestimmt werden und einem "lila Leitfa-
4 den" folgen. Auch der AK Feminismus soll sich mit den Europawahlen und anderen aktuellen Ge-
5 schehnissen auseinandersetzen.

6 Arbeitskreis AWS

7 Im Arbeitskreis Arbeit, Wirtschaft und Soziales möchten wir uns inhaltlich mit den Themen der
8 Arbeits- und Wirtschaftspolitik und deren Auswirkung auf unsere Gesellschaft beschäftigen. Im
9 Vordergrund sollen dieses Jahr neben aktuelle Themen auch eine Veranstaltungsreihe anlässlich
10 der Europawahlen stehen.

11 Arbeitskreis Kommunales

12 Der Arbeitskreis Kommunales, im letzten Jahr neu eingeführt, hat sich etabliert. Diese Arbeit wer-
13 den wir im kommenden Jahr fortsetzen und mit neuen kommunalen Schwerpunkten schon im
14 Frühjahr beginnen. Dabei wird es neben den interessanten Besichtigungen auch um die politi-
15 schen Rahmenbedingungen der Exkursionsziele und um Probleme vor Ort gehen, wo wir Jusos
16 Themen für die Kommunalpolitik mitnehmen wollen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr soll der
17 Arbeitskreis bewusst auch in die Fläche des Unterbezirks gehen, um so auch nicht-städtischen
18 Interessierten eine Partizipationsmöglichkeit und einen Einstieg in unserem Verband bieten zu
19 können.

20 Leuchtturmveranstaltungen

21 Wir wollen aber auch externe Referent*innen einladen, bei uns Vorträge zu halten und mit uns
22 zu diskutieren. Dies soll natürlich im Rahmen der AKs stattfinden aber auch als sogenannte
23 „Leuchtturmveranstaltungen“. Eine „Leuchtturmveranstaltung“ soll der Platz in unserer Arbeit
24 sein, an dem wir Themen ansprechen, die uns besonders am Herzen liegen.

25 Das macht es selbstverständlich, dass wir diese Veranstaltung besonders bewerben und ihr auch
26 sonst besondere Aufmerksamkeit widmen. Sie soll der Beginn unseres Juso-Monats sein.

27 Juso Forum

28 Eine besonders wichtige Veranstaltung ist für uns das Juso-Forum. Dies ist eine Art Mitgliederver-
29 sammlung. Alle Jusos aus dem Unterbezirk Göttingen sind herzlich eingeladen zu kommen und

1 mitzureden. Der Vorstand wird beim Juso-Forum über seine Arbeit berichten und den Mitgliedern
2 die Gelegenheit geben Anregungen und Kritik zu äußern. Wir wollen in diesem Vorstandsjahr das
3 Juso-Forum überdenken und vor allem die Beteiligung der Mitglieder stärken.

4 Roter Mittwoch

5 Der Rote Mittwoch soll weiterhin immer am letzten Mittwoch des Monats stattfinden. Er soll Ort
6 für einen lockeren Austausch sein und die Möglichkeit bieten in einer geselligen Runde über ak-
7 tuelle Themen zu reden.

8 Thementage

9 Neben den regelmäßig stattfindenden Arbeitskreisen wollen wir uns vornehmen, Thementage zu
10 veranstalten. An einem Thementag soll ein inhaltlicher oder methodischer Aspekt im Zentrum
11 stehen, der ausgiebig besprochen, erlernt und/oder diskutiert werden kann. Ein Thementag soll
12 von einem gemütlichen Rahmenprogramm begleitet werden, z.B. kann es ein Frühstück zur Ein-
13 leitung geben, ein gemeinsames Mittagessen und/oder ein Abendessen mit anschließendem
14 Spieleabend. Methodischer Inhalt kann für einen Thementag z.B. eine Antragswerkstatt sein, ein
15 Rhetorikkurs oder anderes Handwerkszeug, das für unsere politische Arbeit wichtig ist. Inhaltlich
16 können Schwerpunktthemen der Jusos auf grundlegender, sowie fortgeschrittener Ebene behan-
17 delt werden, sofern Bedarf über die Denkfabriken unseres Juso-Bezirks hinaus bestünde. Dane-
18 ben kann man sich an tagespolitischen Themen orientieren, an politischen Theorien, an anderen
19 wichtigen Themen oder Partei- und Verbandspolitische Themen behandeln (z.B. Struktur einer
20 Partei, Stellung des Verbandes, Mitbestimmung). Thementage ermöglichen einen konzentrierten
21 Input und ein intensiveres Kennenlernen der verschiedenen Mitglieder.

22 Offene Grundlagenseminare für Interessierte

23 Eine Kernaufgabe der Jusos ist neben Mitwirkung an politischen Prozessen, seien sie innerpartei-
24 lich oder öffentlich, die politische Bildungsarbeit. Sie stellt ein zentrales Aufgabenfeld, gleichzeitig
25 aber auch eine große Chance für die Begeisterung junger Menschen für die Ideen einer sozialen
26 Demokratie dar. Deshalb möchten wir mit betont offenen Grundlagenseminaren unsere politi-
27 schen Ideen und Überzeugungen vermitteln. Ziel soll es dabei sein, durch besonders niedrige
28 "Einsteige-Schwellen" möglichst viele, auch Nicht-Mitglieder, zu erreichen. Angelehnt an das For-
29 mat der Denkfabrik ermöglichen es Grundlagenseminare, Perspektiven der Sozialdemokratie

1 darzustellen und mit offenen Diskussionen darüber die Jusos als plurale linke Gruppe fortzuentwickeln.
2

3 Freizeitaktionen

4 Freizeit und Spaß sind wichtige Bestandteile zwischenmenschlicher und verbandlicher Bindung.
5 Der „Rote Mittwoch“, die getränkebasierte Vernetzung in einer Kneipe, bleibt als Institution bestehen.
6 Für Abwechslung und da nicht jede*r einen Kneipenabend mag, nehmen wir uns vor, weitere
7 Freizeitangebote zu gestalten. Dabei ist das Ziel ein breites Spektrum an Aktivitäten abzudecken.
8 Vom gemeinsamen Theaterbesuch über einen Arbeiter*Innenliederabend, den Besuch von
9 Sportevents oder einem Spieleabend wird versucht, viele Geschmäcker zu treffen. Gemein ist den
10 Veranstaltungen, dass sie auf Freizeit und nicht auf Lernen, Input oder Diskussion zielen. Wenn-
11 gleich das nicht bedeutet, dass die Aktionen dergleichen zwingend ausschließen. Für Freizeitakti-
12 onen ist es wichtig, dass sie stets freiwillig sind. Vorschläge für Veranstaltungen sind stets willkom-
13 men, da auf diese Weise verschiedene Interessen berücksichtigt werden können.

14 Europawahl

15 2019 steht die nächste Europawahl an. In Zeiten des Euroskeptizismus müssen wir Jusos ein ganz
16 klares Zeichen für Europa setzen, deshalb wird die Europawahl im Fokus des nächsten Vorstandsjahres stehen.
17

18 Wir wollen wieder eine Wahlkampfkommission gründen. Diese soll verbandsöffentlich und regelmä-
19 ßig tagen und der zentrale Ort für die Planungen sein. Hier sollen Materialien erarbeitet, Inhalte
20 gesetzt und über Aktionen geredet werden. Ziel soll ein eigenständiger jugendpolitischer Europa-
21 wahlkampf sein, mit dem wir uns und die SPD sichtbar machen. Hierfür soll es wieder eigene
22 Materialien und Aktionen im kompletten Unterbezirk geben.

23 Außerdem sollen die Arbeitskreise der Ort sein, an dem sich inhaltlich mit der Europawahl ausei-
24 nandergesetzt wird. Es sollen, passend zum jeweiligen AK, inhaltliche Sitzungen mit dem Ober-
25 thema Europa abgehalten werden.

26 Des Weiteren sollen auch die Leuchtturmveranstaltungen vermehrt das Thema Europa beinhal-
27 ten. So soll es z.B. das Ziel sein, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die viel mit Europa zu tun
28 haben.

29 Wir wollen uns außerdem mit verschiedenen Bündnispartner*innen zum Thema Europa vernetzen und ein starkes Zeichen setzen.
30

1 Der Wahlkampf soll zeigen: wir Jusos stehen für ein solidarisches, tolerantes und offenes Europa
2 und gegen eine Abschottungspolitik.

3 100 Jahre Frauen*wahlrecht

4 Am 12. November 1918 wurde in Deutschland das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Dies ist zwar
5 inzwischen Selbstverständlichkeit, dennoch sind Frauen in vielen Bereichen noch immer benach-
6 teilt. Wir wollen uns daher die Frage stellen: Wie steht es heute, 100 Jahre später, um die Gleich-
7 stellung der Geschlechter? Auf bestehende Ungerechtigkeiten werden wir im Rahmen einer Ver-
8 anstaltung aufmerksam machen und diese mit unseren Mitgliedern diskutieren.

9 30 Jahre Quote

10 Der SPD-Parteitag 1988 in Münster beschließt eine Geschlechterquote. Und stellt damit gesell-
11 schaftspolitische Weichen. Wir können daher in diesem Jahr gemeinsam den 30. Geburtstag der
12 Quote in unserer Mutterpartei feiern. Wir wollen gemeinsam auch mit älteren Genossinnen und
13 Genossen diskutieren, was sich mit der Quote innerparteilich, aber auch gesellschaftlich verän-
14 dert hat. Wie ist es heute um die SPD hinsichtlich der Quote und der Partizipation von Frauen
15 bestellt?

16 Antifaschismus

17 Nachdem erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder eine Partei von Nazis und Rassist*innen im
18 deutschen Bundestag sitzt, ist die antifaschistische Arbeit wichtiger denn je. Durch die gemein-
19 same Teilnahme an Demonstrationen oder dem Anbieten von Informationsveranstaltungen
20 möchten wir weiter aktive Jusos in die antifaschistische Arbeit einbinden. Eine Stärkung der (über-
21 regionalen) Vernetzung mit Bündnispartner*innen soll die Gemeinschaft im Kampf gegen Nazis
22 verstärken.

23

24 3.2 Innerparteilich

25 SPD Erneuern

26 Am Anfang 2017 konnten wir in Umfragen das Potential der deutschen Sozialdemokratie erken-
27 nen. Die Möglichkeit, den*die Kanzler*in zu stellen, war eine Realistische.

28 Aus unseren Erfahrungen in den Wahlkämpfen und der strategischen Ausrichtung der SPD in den
29 vergangenen Monaten können wir einen zentralen Grund des Scheiterns bei der vergangenen

1 Bundestagswahl ausmachen: handlungsunfähige Strukturen auf allen politischen Ebenen der Par-
2 tei. Das ist nicht als Vorwurf zu verstehen, sondern als drastische Kenntlichmachung des Zustands
3 der Strukturen, vom Willy-Brand-Haus in Berlin bis in den kleinen Ortsverein hinein. Zwar ist nicht
4 alles schlecht, es ist aber bei weitem auch nicht alles gut so wie es ist und ein „weiter so“ kann und
5 darf es nicht geben.

6 Beinahe 60.000 Neumitglieder konnte die SPD seit der Ernennung von Martin Schulz zum Spit-
7 zenkandidaten und seiner Wahl zum Parteivorsitzenden gewinnen. 60.000 Chancen und Möglich-
8 keiten, präsent in der Bevölkerung zu sein; 60.000 Chancen und Möglichkeiten, die Gesellschaft
9 wie sie ist zu ändern und Sozialdemokratische Meinungen durchzusetzen. Diese Meinungen
10 möchten wir innerhalb der Jusos Göttingen aufgreifen und durch verschiedene Aktionen die Mit-
11 glieder zur Beteiligung aufrufen.

12 Dass die Partei jünger und weiblicher werden muss ist keine flapsige Forderung, sondern ein fun-
13 damentaler Bestandteil des anstehenden Erneuerungsprozesses. Das bedeutet für uns auch,
14 dass neben der Frauen*förderung der Jusos Göttingen auch eine Art kommunales Mentoringpro-
15 gramm mit der Stadtratsfraktion und den Ortsvereinen aufgebaut werden soll, denn Nachwuchs
16 für die Parlamente, die Schmiede der demokratischen Arbeitskultur, bildet sich nicht von alleine
17 aus. Das bedeutet weiterhin, dass wir junge Menschen dazu ermuntern möchten, sich in ihrem
18 Ortsverein zu engagieren und mit den Ortsvereinen Rücksprache zu halten, wie sich alle Beteilig-
19 ten Mitgliederarbeit und Einbindung vorstellen. Daraus soll ein kontinuierlicher Dialog zwischen
20 Jusos und Parteistrukturen entstehen.

21 Eine Erneuerung der Partei hat auch mit dem Selbstverständnis der parteipolitischen Präsenz zu
22 tun. Wahlkampf ist immer und öffentlichkeitswirksam sollte immer gearbeitet werden, daran wer-
23 den wir uns auch in der nächsten Legislatur halten und diese Prämisse an unser Arbeiten anlegen.

24 Jetzt erst recht. Die Große Koalition ist da und nun muss der Prozess der Erneuerung noch stärker
25 forciert werden. Wir Jusos verschließen uns einer Erneuerung nicht und freuen uns auf die anste-
26 henden Diskurse innerhalb der Gliederungen und Parteistrukturen. Als Konsequenz der Wahlnie-
27 derlagen fordern wir eine lückenlose Aufarbeitung dieser und die Fortsetzung bzw. Weiterführung
28 von Struktur- und Erneuerungskommissionen, an denen sich die Jusos inhaltlich wie personell
29 beteiligen sollen und wollen.

30

1 Juso Positionen in höhere Ebenen tragen

2 Wir wollen die Positionen und Anliegen der Jusos-Göttingen in höhere Ebenen tragen. Dazu ge-
3 hören für uns die Bezirkskonferenz der Jusos Hannover und die Landeskonferenz der Jusos Nie-
4 dersachsen, zu denen wir Delegierte entsenden und Anträge einreichen.

5 Wir bringen uns aber auch in die Arbeit der SPD auf kommunaler Ebene in Göttingen ein. Juso-
6 Vertreter*innen begleiten die Arbeit des Stadtverbands und der Kreistagsfraktion. Dieser enge
7 Kontakt, der im Vorjahr erfolgreich wiederbelebt wurde, soll dementsprechend weitergeführt wer-
8 den. Dort reichen wir ebenfalls Anträge ein und sprechen Themen für junge Leute an.

9 Auch bei SPD Parteitag der verschiedenen Ebenen wollen wir mit unseren Positionen vertreten
10 sein. Wir werden viele unserer Anträge unserer eigenen Unterbezirkskonferenz weiterleiten, da-
11 mit unsere Ideen in anderen Gremien gehört und hoffentlich auch praktisch umgesetzt werden.

12 Auseinandersetzung mit der aktuellen Politik

13 Als politischer Verband gehören auch aktuell politische und tagespolitische Themen zu unserem
14 Interessenfeld. Um Anträge zu schreiben, sich eine Meinung zu bilden oder sie zu stärken und
15 den Verband nach außen in seiner Meinung zu vertreten, bedarf es Sprachfähigkeit und Argu-
16 menten in Bezug auf Tagespolitik und aktuelle Politik. Argumentation und das Sprechen über ak-
17 tuelle Politik und Tagespolitik, also Diskussionsfähigkeit, nehmen wir uns vor zu ermöglichen. In
18 einem geeigneten Format (z.B. einem Thementag o.ä.) werden wir die aktuelle Politik und Tages-
19 politik ins Zentrum rücken, um die Themen inhaltlich zu erfassen und darüber zu diskutieren.
20 Argumente aus anderen politischen Lagern sollten Beachtung finden, um sie zu widerlegen und
21 die eigene Verbandsüberzeugung auf das entsprechende Diskussionsthema anwenden zu kön-
22 nen. Interessant wäre auch ein Austausch mit Außenstehenden oder Redner*Innen, die noch eine
23 Sicht außerhalb unseres Verbandes einbringen könnten.

24 Austauschtreffen mit Funktionär*innen

25 Um immer auf dem aktuellen Stand zu sein und sich über aktuelle Politik auszutauschen, soll es
26 auch weiterhin regelmäßige Austauschtreffen mit den verschiedenen SPD Funktionär*innen ge-
27 ben. Diese sollen vorstandsintern sein, damit auch kritische Punkte in einem kleinen Kreis ange-
28 sprochen werden können. Die Ergebnisse der Treffen sollen dann auf dem Juso Forum berichtet
29 werden.

30

1 Juso-Hochschulgruppe

2 Die enge Zusammenarbeit mit der ortsansässigen Juso-Hochschulgruppe werden wir intensivie-
3 ren. Es ist ein großer Vorteil, eine so aktive Vertretung an der Universität zu haben. Vor allem im
4 Bereich der Hochschul- und Studienfinanzierung denken wir über ein passendes Veranstaltungs-
5 format in Kooperation nach. Die Zusammenarbeit mit der Bundeskoordination der Hochschul-
6 gruppen wird uns durch einen Koordinator aus Göttingen erleichtert und soll ebenfalls bei the-
7 matischen Überschneidungen wahrgenommen werden. Die Synergieeffekte zwischen Hochschul-
8 gruppe und Juso-Unterbezirk möchten wir gerne nutzen, um zusammen die gemeinsamen Ziele
9 vor Ort und überregional umzusetzen.

10 Europawahlkampf

11 Neben unserem eigenen jugendpolitischen Europawahlkampf wollen wir die SPD dabei so gut es
12 geht unterstützen.

13 Wir wollen von Anfang an bei den Planungen mithelfen und dann auch Teil der Umsetzung sein.
14 Wir wollen nicht als bloße "Plakatiertruppe" oder Flyerverteiler*innen fungieren, sondern ein
15 ernsthafter Teil des Wahlkampfs sein. Dies werden wir auch der Partei kommunizieren. Das heißt
16 nicht, dass wir nicht Flyer verteilen wollen oder an Infoständen aktiv sein werden.

17 Wir werden selbstverständlich auch die SPD im kompletten Unterbezirk unterstützen, dafür wer-
18 den wir früh an die Ortsvereinsvorsitzenden herantreten und ihnen unsere Mitarbeit anbieten.
19 Das Ziel soll ein gemeinschaftlicher, solidarischer Europawahlkampf sein, mit dem alle zufrieden
20 sein können.

21 Stärkere Bedeutung in der SPD

22 Die Vorstände in den Ortsvereinen, des Stadtverbandes und des Unterbezirkes stellen die Wei-
23 chen für kommende Wahlen und den bis dahin notwendigen Diskurs in der Bevölkerung. Der
24 Diskurs muss ein gesamtparteilicher sein, das bedeutet gleichzeitig, dass auch Meinungen von
25 Jusos gehört werden müssen. Wir setzen uns immer kritisch mit den Vorschlägen der Partei aus-
26 einander und möchten diese auch in den nächsten Jahren unterstützen. Insbesondere im Vorfeld
27 der wichtigen Wahlen 2021.

28 Der Nachwuchs kommt nicht von alleine, deshalb haben wir die letzten Jahre den Austausch mit
29 den Ortsvereinen gesucht und konnten hierbei bereits für Entlastung sorgen. Diesen Prozess
30 möchten wir fortführen aus ausbauen.

1 Vernetzung mit OV's

2 Die Doppelstrategie sieht auch ein Engagement innerhalb der Partei vor und die Wiege der poli-
3 tischen Arbeit ist hauptsächlich die Ebene im eigenen Ortsverein. Die vergangenen Wahlkämpfe
4 und eigene Erfahrungen haben uns gezeigt, dass die Vernetzung mit den Funktionsträger*innen
5 und im Allgemeinen dem Ortsverein, ein essenzieller Faktor für den politischen Erfolg darstellt.
6 Durch gezieltes Ansprechen jünger Genoss*innen können die Ortsvereinsstrukturen durch Mit-
7 arbeit von Jusos gestärkt werden, aber auch außerhalb der Arbeit als *Juso* kommunalpolitische
8 Erfahrungen gesammelt werden.

9 Durch regelmäßige Zusammenkünfte der Ortsvereine und der Juso-Vorstände sollen Erwartun-
10 gen gegeneinander und Erfahrungen ausgetauscht werden. Für uns steht fest: Starke Ortsvereine,
11 die durch die Mitarbeit der Jusos geführt werden, bieten viele Möglichkeiten, bei den anstehenden
12 Wahlen erfolgreich abzuschneiden.

13 Als eine Möglichkeit der Vernetzung sehen wir insbesondere getränkebasierte Zusammenkünfte
14 mit den Ortsvereinen auf diversen Sitzungen. Eine große Beteiligung von Jusos bei den Ortsverei-
15 nen ist deshalb sinnvoll und wünschenswert.

16

17 3.3 Öffentlichkeitsarbeit

18 Wir wollen durch klare Themen und Inhalte für junge Menschen ansprechend sein. Unser Ziel ist
19 es darum, dass wir als Jusos nicht nur unseren Bekanntheitsgrad steigern, sondern auch junge
20 Menschen von unseren Ideen überzeugen und zur Mitarbeit motivieren.

21 Deshalb wollen wir unsere jungsozialistischen Inhalte in die Öffentlichkeit tragen. Dies soll nicht
22 nur dazu beitragen, dass wir mehr Jugendliche für uns gewinnen, sondern allgemein einen gesell-
23 schaftlichen Wandel für alle Altersstufen erzeugen.

24 Dazu wollen wir unsere Social-Media-Arbeit weiter professionalisieren und auf unserer Home-
25 page weiterhin über Termine und Themen informieren und von Veranstaltungen berichten. Auf
26 der erfolgreichen Social-Media-Arbeit des letzten Jahres soll aufgebaut und auf Änderungen des
27 Facebook-Algorithmus mit Anpassungen der Social-Media-Strategie reagiert werden. Bestehende
28 Kanäle wie Facebook und Instagram sollen weiterhin regelmäßig genutzt werden. Veranstaltun-
29 gen und Aktionen wollen wir öffentlichkeitswirksam über die bestehenden Kanäle begleiten.

1 Ferner wollen wir unseren Positionen zu kommunal- wie allgemeinpolitischen Fragen Resonanz
2 verleihen, indem wir unsere hohe Sichtbarkeit in regionalen Medien durch aktive Pressearbeit
3 aufrechterhalten und dadurch regelmäßig in den lokalen Medien stehen. Darüber hinaus wollen
4 wir mit Materialien, wie z.B. Flyern oder Postkarten, zu aktuellen Themen und Debatten Aufmerk-
5 samkeit im öffentlichen Raum erregen.

6 Wir Jusos gehen natürlich mit der Zeit. Uns ist nicht entgangen, dass es seit Kurzem wieder zwei
7 Große Pandas (*Ailuropoda melanoleuca*) in Deutschland, genauer in Berlin, gibt, die eine große
8 Medienpräsenz und -kompetenz durch konsequentes Süßsein und Quatschmachen an den Tag
9 legen. Um ein Zeichen für die Großartigkeit der Pandabären im Allgemeinen zu setzen und unsere
10 Kompetenzen in den oben genannten Bereichen zu steigern, werden wir einen Panda in unseren
11 Vorstand kooptieren. Be cool – Love Panda.

12 Mehr Medienkompetenz z. B. durch Presseworkshops

13 Das Ansprechen von Bürger*innen hat sich durch soziale Medien drastisch geändert. Argumente
14 mit Bürger*innen auszutauschen ist heutzutage mehr als Rosen in der Fußgängerzone im Vorfeld
15 von Wahlen zu verteilen. Die Freien Demokraten haben gezeigt, dass auch wenig bis gar keine
16 politischen Inhalte durch die richtige Mediennutzung zum Erfolg führen kann.

17 Deshalb sehen wir Jusos Göttingen es als Notwendigkeit an, Workshops für Social Media Kampag-
18 nen zu besuchen und neue Wege zu gehen. Facebook, Twitter, Instagram, YouTube, Snapchat,
19 Periscope – die Liste ist unendlich. Wir müssen regelmäßig auf dem Stand der Dinge sein und
20 unsere Kompetenzen anpassen. Dabei möchten wir aber auch die Printmedien nicht vernachläss-
21 sigen. Durch das Göttinger Tageblatt und die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine (HNA) haben
22 wir zwei auflagenstarke Tageszeitungen in der Region, welche wir durch gezielte Pressemitteilun-
23 gen ansprechen möchten.

24 Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf

25 Wahlkampf ist immer. Wahlkampf ist nicht nur die Zeit sechs Wochen vor der Wahl, der Wahl-
26 kampf beginnt mit der ersten Minute nach Ende der Wahl erneut.


27 Durch Positionierung der Wahlkämpfer*innen und der Kandidierenden zu aktuellen Themen blei-
28 ben wir im Gespräch und sind präsent. Deshalb möchten wir auch wie beschrieben unsere Medi-
29 enkompetenzen ausbauen und neue Wege finden, unsere Meinungen gegenüber anderen

1 Auszutauschen und diese auch in der Auseinandersetzung mit den politischen Gegner*innen
2 durchzusetzen.

3 Mehr Auseinandersetzung mit politischen Gegner*innen

4 Konservative, liberale und reaktionäre Kräfte haben sich insbesondere in der medialen Berichter-
5 stattung profilieren können. In den sozialen Medien sind regelrechte Parallelstrukturen entstan-
6 den die viele Nutzer gar nicht mehr verlassen können oder in jene nicht mehr vorgedrungen wer-
7 den kann. Um ein Fortschreiten dieses Prozesses zu verhindern und dem Anspruch gerecht zu
8 werden, sich von der politischen Konkurrenz abzugrenzen, möchten wir die Auseinandersetzung
9 mit dem politischen Gegenüber aktiv suchen und führen. Sei es Online, in Diskussionen oder
10 durch Pressearbeit in den Printmedien. Wahlkampf ist immer. Politisches Streiten auch.

11 Die Abgrenzung von anderen Meinungen ist gerade in Zeiten der Neuaufgabe der Großen Koali-
12 tion essenziell, um sich politische Themenfelder offenzuhalten und auch neu zu besetzen,
13 den*die Gegner*in zu entlarven und sich auch aktiv zu bilden.

	<p>Beschluss 2018.Ini1: Willy-Brandt-Haus öffnen. Die Sozialdemokratie ausbilden.</p> <p>Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand</p> <p>Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag, SPD-Mitgliederversammlung Göttingen</p>
---	--

- 1 Im Diskurs über die SPD erneuern werden viele und wichtige Neuerungen besprochen. Die Göttinger Jusos haben hierbei einen Schwerpunkt auf die Aus- und Weiterbildung der Genoss*innen
2 gelegt.
3
- 4 Neben den vielen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in den Ortsvereinen, in den Räten, bei
5 den Jusos und in den SPD-Gremien, fordern wir die Möglichkeit am Herz der Sozialdemokratie, in
6 Berlin, im WBH, Praktika absolvieren zu können.
- 7 Das politische Berlin bildet momentan meist nur sich selber weiter und es ist schwer für Ge-
8 noss*innen, außerhalb der „Blase Berlin“ einen Einstieg in das Arbeitsleben zu schaffen.
- 9 Die Erfahrungen und das Wissen was junge Genoss*innen aus dem WBH mitnehmen können ist
10 immens und sollte nicht nur in Berlin bleiben, sondern auch den Landesverbänden und Bezirken
11 zugutekommen.
- 12 Deshalb fordern wir, dass die Hälfte der angebotenen Praktikplätze an Genoss*innen aus Lan-
13 desverbänden abseits Berlins vergeben werden. So haben die Berliner*innen trotzdem noch die
14 Möglichkeit im WBG Erfahrungen zu sammeln, es besteht aber gleichzeitig eine Durchmischung
15 der Praktikant*innen vor Ort und die restlichen Landesverbände sowie Bezirke haben die Mög-
16 lichkeit junge und engagierte Genoss*innen zu entsenden und von den Erfahrungen aus dem
17 WBH zu profitieren.
- 18 Der Parteivorstand wird hiermit aufgefordert eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für
19 Praktikant*innen zu prüfen und gesellschaftlich mit einem positiven Beispiel voranzugehen. Au-
20 ßerdem soll geprüft werden, inwieweit Unterkünfte vom Parteivorstand bereitgestellt werden kön-
21 nen und ob ein Nahverkehrsticket der Berliner Verkehrsbetriebe bei Arbeitsantritt ausgegeben
22 werden kann.
- 23 Begründung:
24 *Erfolgt mündlich.*

B1

Beschluss 2018.B1: **Geschlechtsneutrale WCs**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Unterbezirksparteitag

- 1 Die Jusos Göttingen fordern die Einführung von geschlechts- und genderneutralen Toiletten in
- 2 allen öffentlichen Gebäuden.

- 3 Genderneutrale Toiletten verhindern die Diskriminierung und den Zuordnungszwang, dem
- 4 Trans*Menschen, Intersex*Menschen und alle Menschen, die sich nicht dem binären Ge-
- 5 schlechtssystem zuordnen wollen oder können, täglich ausgesetzt sind. Das binäre Geschlechts-
- 6 system ist durch das Bundesverfassungsgericht, medizinische Befunde, sowie de facto existie-
- 7 rende Lebensentwürfe nicht mehr tragfähig für Teile der Gesellschaft. Die täglichen Fortschrei-
- 8 bungen und Konstruktionen von einer Geschlechterbinarität sollten aufgebrochen werden.

- 9 Genderneutrale Toiletten sind bereits an mehreren Orten eingeführt worden, darunter Universi-
- 10 täten in Kalifornien, Berliner Behörden, New York und darüber hinaus gibt es an vielen Orten
- 11 Diskussionen um eine Einführung.

- 12 Dennoch sollten spezifische Toiletten als Schutzräume erhalten bleiben, es soll nicht um eine U-
- 13 nisierung gehen, sondern darum, dass Vielfalt ihren Ausdruck bekommt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

B2

Beschluss 2018.B2: **Gegen das Verschweigen nationalsozialistischer Verbrechen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, Jahreshauptversammlung SPD Göttingen

1 Die Jusos Göttingen fordern konkrete Förder- und Förderungsmaßnahmen der Politik auf allen
2 Ebenen für mehr Aufklärungsarbeit nationalsozialistischer Verbrechen in Privatunternehmen.
3 Von der Kommune bis zur Bundesregierung muss es Maßnahmen geben, die anregen, dass es
4 sowohl bei Klein- als auch Großunternehmen eine umfassende Aufarbeitung ihrer jeweiligen In-
5 volvierung in nationalsozialistische Verbrechen und Vergangenheiten gibt.

6 Die umfassende Aufarbeitung, die in öffentlichen Institutionen durchgeführt wird, ist wichtig und
7 richtig, doch bildet sie nur die Hälfte einer Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen.
8 Zwangsarbeiter*innen in Fabriken, Opfer medizinischer Experimente und auch Zwangsarbei-
9 ter*innen in einer Bäckerei – und seien es nur zwei Menschen gewesen – müssen mit dem ge-
10 bührenden Respekt einer Aufarbeitung bedacht werden. Die Vorstellung, nationalsozialistische
11 Verbrechen wären im Alltag nicht präsent gewesen, es würde unbescholtene Soldaten geben o-
12 der Großunternehmen, die unbeteiligt gewesen seien, muss für eine von den Jusos forcierte Erin-
13 nerung radikal dekonstruiert werden. Als spätestens ab 1943 vom totalen Krieg und damit der
14 Inanspruchnahme aller gesellschaftlichen Ressourcen für den Krieg die Rede war und der Faschis-
15 mus und die Gleichschaltung bereits vorher auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreifen, kann
16 es keine neutrale Position geben. Theodor W. Adorno behält recht, wenn er sagt: „Es gibt kein
17 richtiges Leben im falschen.“

18 Gerade heute, wo von einer „Erinnerungspolitischen Wende“ und von der „geistigen Rehabilita-
19 tion“ von Wehrmachtssoldaten gesprochen wird, muss ein antifaschistischer Richtungsverband
20 klare Position beziehen. Wir dürfen den politischen Rechten nicht den Erinnerungsdiskurs über-
21 lassen, sondern im Gegenteil, ihn für uns beanspruchen und nicht aufhören, den Finger in die
22 Wunde zu legen. Es stehen immer noch Fragen aus und zu wenig wurde bisher getan, um eine
23 umfassende Aufarbeitung von Privatunternehmen zu ermöglichen. Die meisten Unternehmen,
24 die in diese Richtung ihre eigene Vergangenheit erforschen, tun das auf Eigeninitiative. Für die
25 Aufarbeitung der eigenen DDR Vergangenheit gibt es Fördertöpfe, in mindestens gleichem Maße
26 braucht es das auch für die Aufarbeitung von nationalsozialistischer Vergangenheit. Zusätzlich ist

- 1 die Beschäftigung mit der Vergangenheit keine Beliebigkeit, wer lieber schweigt, muss mit Forde-
- 2 rungsmaßnahmen konfrontiert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

B3

Beschluss 2018.B3: **Altkleidercontainer besser kennzeichnen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung

- 1 Um eine Gewissheit für die Verbraucher*innen zu schaffen fordern wir, dass die Kleidercontainer
- 2 besser gekennzeichnet werden. Es soll ersichtlich sein, was nach der Spende mit der Kleidung
- 3 passiert. So kann z.B. ein Prüfsiegel oder ähnliches diese Gewissheit schaffen und die spendende
- 4 Person informieren.
- 5 Des Weiteren fordern wir, dass illegal abgestellte Kleidercontainer regelmäßig von den Kommu-
- 6 nen entfernt werden.

Begründung:

Statt ihre alte Kleidung wegzuschmeißen, bringen viele Menschen diese zu einem Altkleidercontainer. Meistens tun sie dies mit der Intention, Bedürftigen zu helfen. Jedoch wird die gesammelte Kleidung nicht nur an Bedürftige weitergegeben, sondern oftmals auch verkauft. So gibt es Altkleidercontainer, die gemeinnützigen Zwecken dienen, aber auch solche, die gewerblich genutzt werden. Es kann auch sein, dass gemeinnützige Organisationen die Kleidung sammeln und dann an eine Firma weiterverkaufen. Des Weiteren gibt es oft illegal abgestellte Kleidercontainer, die aber kaum als solche zu erkennen sind.

B4

Beschluss 2018.B4: **Revolution statt Reformation!**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

- 1 Wir fordern die SPD Landtagsfraktion dazu auf, den 8. März als neuen Feiertag in Niedersachsen
- 2 beschließen zu lassen.

Begründung:

Der 8. März ist der internationale Frauen* Kampftag. Er steht für den Kampf für die Gleichberechtigung und die Rechte der Frauen*.

Auch in Deutschland und Niedersachsen sind Frauen* noch immer nicht gleichberechtigt. So gibt es immer noch einen Lohnunterschied von statistisch 21%. Eine Begebenheit, die wir als Sozialdemokrat*innen nicht hinnehmen können und dürfen und gegen die wir kämpfen müssen. Deshalb ist es das richtige Zeichen, dass wir uns dafür einsetzen, dass der 8. März als neuer Feiertag in Niedersachsen etabliert wird. Ein Zeichen für Gleichberechtigung und den Weg dorthin.

B5

Beschluss 2018.B5: Ende der Diskussion – Warum wir nicht mit Nazis reden!

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Unterbezirksparteitag

1 Die AfD ist mittlerweile in 14 von 16 Landesparlamenten sowie mit 92 Abgeordneten im Bundes-
2 tag vertreten. Mit dem Einzug einer rechtspopulistischen und nach rechts offenen Partei ergeben
3 sich weitere Problematiken. Die AfD wird bedauerlicherweise auch immer öfter als legitimer Dis-
4 kussionspartner zu Podiumsdiskussionen – sei es in Talkshows oder vor Wahlen an Bildungsein-
5 richtungen – eingeladen.

6 Für uns Jusos ist klar: Die AfD verbreitet rassistisches und frauenfeindliches Gedankengut. Sie
7 propagieren eine menschenfeindliche, nationalistische Ideologie, die einer offenen und toleran-
8 ten Gesellschaft entgegensteht. Einen moderaten oder gar für Akzeptanz werbenden Umgang mit
9 der AfD – auch nach Einzug in die Parlamente – darf es nicht geben und ist aus unserer Sicht
10 schlichtweg gefährlich. Wir dürfen der AfD keine Bühne für ihre rechte Hetze geben und ihre rech-
11 ten Positionen durch die Möglichkeit, an gesellschaftlichen Diskursen zu partizipieren, legitimieren
12 und dadurch salonfähig machen. Wir müssen uns ganz im Gegenteil für einen aufklärerischen
13 und entlarvenden Umgang mit rechten Positionen einsetzen.

14 Die AfD nutzt den rechten Aufwind und die parlamentarische Legitimation geschickt. Sie verhilft
15 so zum Beispiel bekennenden Neonazis und Anhängern der Identitären Bewegung in bezahlte
16 Tätigkeiten. Die Überschneidungen zwischen der AfD und weltweit agierenden rechtsradikalen
17 Strömungen sind offengelegt. Eine Partei, die das demokratische System bekämpft, die Gleichheit
18 der Menschen in Abrede stellt, Minderheiten aktiv diskriminiert und Angst und Hass schürt, darf
19 kein Platz auf Podien und in der Öffentlichkeit geboten werden. Neonazis und deren Stichwortge-
20 ber*innen müssen konsequent gesellschaftlich ausgegrenzt und vom öffentlichen Diskurs fern-
21 gehalten werden. Das bedeutet für uns klare Kante gegen rechte Ideologien. Wir dürfen nicht
22 zulassen, dass die AfD und ihre menschenverachtende Politik zur Normalität werden.

23 Deshalb fordern wir, dass vor allem auch die Medien dazu beitragen, rechtsradikale Ideologien
24 nicht durch öffentliche Debatten zu legitimieren und diese dadurch latent zu bewerben. Mit Neo-
25 nazis zu diskutieren, ist naiv und gefährlich und wird auch mit einem Verweis darauf, dass auch

1 die Gegner*innen demokratischer Prinzipien dem Grundgesetz unterliegen, nicht besser. Rechte
2 Denkmuster können öffentlich auch ohne die Teilnahme von bekennenden Rechten entkräftet
3 werden.

4 Klar ist, dass Abgeordnete der AfD und andere Rechte die Presse nicht meiden. Im Gegenteil:
5 Jedes geschickt platzierte Interview, jeder skandalöse Talkshowauftritt wird als Erfolg gewertet. Es
6 gehört zur bekannten „Wortergreifungsstrategie“ der NPD, dass ihre Mitglieder die sogenannten
7 etablierten Parteien zu öffentlichen Diskussionen auffordern, um ihrer menschenverachtenden
8 Ideologie Raum zu verschaffen und Diskussionen zu dominieren. Dadurch wird es ihnen ermög-
9 licht, den gesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Man bedient sich der demokratischen Vor-
10 züge, die man eigentlich abschaffen will. Dabei müssen wir immer wieder klarstellen, dass die
11 rechtsextreme Ideologie eben keine politische Meinung wie jede andere ist. Sie steht für Antise-
12 mitismus, Rassismus, Homophobie, Sexismus, Demokratiefeindlichkeit und in ihrer finalen Kon-
13 sequenz für die Ermordung aller, die aus Nazisicht „unwertes Leben“ sind. Dafür muss man nicht
14 unbedingt bis in den historischen Nationalsozialismus zurückschauen. Es reicht ein Blick auf die
15 lange Liste von mehr als 160 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 in Deutschland.

16 Menschen, die außerhalb des demokratischen Grundkonsenses agieren, haben auf einer Podi-
17 umsdiskussion, in Talkshows und auch Zeitungsinterviews nichts zu suchen. Man muss eben nicht
18 mit allen reden. Demokratische Grundwerte sind nicht verhandelbar und ideologisch gefestigten
19 Neonazis eine Bühne zu bieten, führt am Ende nur dazu, dass sie kostenlos Werbung für ihre
20 menschenverachtenden Überzeugungen zugesprochen bekommen.

21 Daher halten wir als linker Jugendverband fest:

- 22 • Wir nehmen an Diskussionsveranstaltungen unter Beteiligung von Anhänger*innen rech-
23 ter Ideologien nicht teil. Hierzu zählen insbesondere Diskussionsveranstaltungen an Bil-
24 dungseinrichtungen im Vorfeld von Wahlen unter Beteiligung der AfD oder anderer rech-
25 ter Parteien.
- 26 • Wir fordern die Jugendverbände der demokratischen Parteien auf, unserem Vorbild zu
27 folgen und so entsprechende Diskussionsveranstaltungen nicht mehr zu ermöglichen.
- 28 • Wir verpflichten uns, rechte Ideologien zu entlarven und zu bekämpfen, wo sie uns be-
29 gegnen.
- 30 • Wenn die Diskussionsveranstaltung trotzdem stattfindet, werden wir den Rechten mit
31 kreativen und friedlichen Protestaktionen den Raum nicht einfach überlassen.

Begründung:
erfolgt mündlich.

B6

Beschluss 2018.B6: **Lernen zu Lehren im 21. Jahrhundert – Neue Herausforderungen in der Lehrer*innenbildung konsequent angehen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

- 1 Lehrer*in zu werden, ist ein langer und aufwändiger Weg in Deutschland, die Schwerpunkte in
2 der universitären Ausbildung liegen in den meisten Bundesländern bei fachlichen Kompetenzen
3 in den späterhin zu unterrichtenden Fächern. Das 18-monatige Referendariat soll dann, anschlie-
4 ßend an erste Praxiserfahrungen in Praktika, die reale Umsetzung dieser erworbenen Kompeten-
5 zen aus der Hochschulbildung vermitteln. Dass dabei zwischen schriftlichen Stundenkonzeptio-
6 nen, Prüfungsunterricht nach Schema F und regulärer Lehrtätigkeit wenig Zeit zum Verschnaufen
7 bleibt, ist hinlänglich bekannt. Was schließlich bleibt, ist die relativ isolierte Lehrtätigkeit auf Grund-
8 lage der erworbenen Kompetenzen – und das meist auf dem Stand der Zeit des Abschlusses.
- 9 Damit muss jedoch Schluss sein! Der Zahn der Zeit schreckt nicht vor der Lehrer*innenbildung
10 zurück. Wir müssen uns Gedanken um eine grundlegende Neugestaltung der Ausbildung unserer
11 Lehrer*innen machen, sowohl strukturell, als auch inhaltlich. Es ist unsere Aufgabe als politische
12 Kraft mit Gestaltungswillen im Bereich „Schule“, nicht im veralteten Status Quo zu verbleiben und
13 uns den Neuerungen der vergangenen Jahre weiterhin zu verschließen.
- 14 Strukturell muss die Lehrer*innenbildung dynamischer und im Rahmen „lebenslangem Lernens“
15 auch verpflichtend mit Weiter- und Fortbildungen zu spezifischen Themenfeldern versehen wer-
16 den. Es darf nicht mehr ausreichen, dass Lehrende nach ihrer Ausbildung in der Theorie bis zur
17 Pensionierung vor sich hin unterrichten. Die Fort- und Weiterbildungen müssen zentral gesteuert
18 und in regelmäßigen Abständen kontrolliert werden können. Das Angebot muss attraktiv und
19 niedrigschwellig allen Lehrer*innen zur Verfügung stehen. Die Studienseminare und Hochschulen
20 müssen über das Land gleichmäßig verteilt Bildungsangebote auch für Lehrkräfte im ländlichen
21 Raum anbieten. Schon im Studium müssen angehende Lehrer*innen darauf vorbereitet werden,
22 auch über ihre akademische Laufbahn hinaus auf Fortbildungen und den Willen zu aktuellem di-
23 daktischen und pädagogischen Fachwissen zurückzugreifen.
- 24 Inhaltlich steht die Lehrer*innenbildung vor einem großen Problem. Neue Aufgabenfelder kom-
25 men dazu, alte Themen verlieren zumeist aber nicht an Gültigkeit. Das Studium weiter durch neue

1 Pflichtmodule zu verlängern kann nicht das Ziel sein, wie also den neuen Herausforderungen des
2 Lehrens gerecht werden?

3 Unser Vorschlag: Den Schwerpunkt der akademischen Ausbildung verschieben und sich von ei-
4 nem maßgeblich fachlich geprägten Bachelorstudium verabschieden! Schon an der Universität
5 muss der Lehralltag mit seinen pädagogischen und didaktischen Herausforderungen an erster
6 Stelle stehen. Eine fachliche Grundausbildung der zu unterrichtenden Themenkomplexe sowie
7 sinnvoll und an persönlichen Erkenntnisinteressen variierbare Vertiefungen über den künftigen
8 Lehrstoff hinaus sind eine weitaus flexiblere und nützlichere Lösung, als die verpflichtende Aneig-
9 nung von weit über das Pensum hinausgehenden Sachkompetenzen, die viele angehende Leh-
10 rer*innen im Studium scheitern lassen. Die dadurch freiwerdenden Studienanteile können dann
11 in die neuen Herausforderungen der heutigen Schulzeit fließen:

12 Da wäre vor allem Anderen die Inklusion zu benennen. Nur Lehrer*innen, die um Methoden der
13 Binnendifferenzierung, dem Umgang mit heterogenen Lerngruppen und Nicht-Muttersprach-
14 ler*innen umfassend informiert sind, können Inklusion im Schulalltag ermöglichen. Nur ein inklu-
15 siver Lehr- und Lernstil ermöglicht uns eine gleichberechtigte Teilhabe für alle jungen Menschen,
16 unabhängig von Behinderung, Herkunft, Geschlecht oder anderen gesellschaftlich produzierten
17 Benachteiligungen. Unser oberstes Ziel als Sozialdemokrat*innen muss es sein, allen Menschen
18 die gleichen Chancen auf Bildung und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen – vor allem
19 unsere Lehrkräfte müssen daher über die theoretische Einbettung von „Inklusion“ und Methoden
20 der praktischen Umsetzung umfassend geschult werden.

21 Neben der Inklusion befasst sich die aktuelle Debatte in der Erziehungswissenschaft auch zuneh-
22 mend mit der Digitalisierung der Schulen und der Medienbildung als zu vermittelnder Kompetenz
23 für Schüler*innen. Auch hier zeigen sich elementare Probleme, wenn diese Themen im Unterricht
24 z.B. auf Grund mangelndem Wissens der Lehrkräfte nicht unterrichtet werden. Der sichere Um-
25 gang mit digitalen Endgeräten und basalen Softwarelösungen wie Textprogrammen, Präsentati-
26 onsprogrammen oder Recherchemöglichkeiten im Internet ist in der heutigen Zeit aus der Be-
27 rufswelt nicht mehr wegzudenken. Doch auch im Privaten ist es zunehmend für junge Menschen
28 wichtig, Mittel und Wege zum Erkennen von Falschmeldungen im Internet oder dem sicheren
29 Umgang mit persönlichen Daten zu lernen. Auch hier sehen wir den Auftrag, im Rahmen der Leh-
30 rer*innenbildung entsprechende Kurse verpflichtend in das Curriculum einzupflegen, um diesen
31 Herausforderungen gerecht zu werden.

1 Nicht zuletzt müssen vor allem pädagogische Kompetenzen mehr Gewicht in der Ausbildung von
2 Lehrer*innen haben. Cyber-Mobbing, aktuelle soziologische und psychologische Zugänge zum
3 Umgang mit und zwischen Schüler*innen und auch eine Abkehr von altbekannten Lehrmodellen
4 wie dem Einzelunterricht (eine Lehrperson in einer geschlossenen Lerngruppe) müssen ver-
5 pflichtende Bestandteile der Ausbildung werden. Letzteres ist ein noch immer in den meisten
6 Köpfen verankerter, alternativloser Zugang zu Unterricht, der längst in der erziehungswissen-
7 schaftlichen Forschung widerlegt wurde und durch „kooperative Lehrformen“ ersetzt werden
8 sollte. Unterricht mit zwei Lehrkräften oder weiteren Sozial- und Sonderpädagog*innen muss an-
9 gehenden Lehrer*innen beigebracht werden bereits Unterrichtenden ebenfalls.

10 Wir wollen die Bestrebungen der Erziehungswissenschaft an den Hochschulen natürlich nicht
11 kleinreden. Es gibt, beispielsweise bei der Zentralen Einrichtung für Lehrerbildung [sic!] in Göttin-
12 gen sowohl ein Zertifikatsprogramm zum Thema Inklusion, als auch zum Thema Digitale Bildung.
13 Doch sind solche Bemühungen lange nicht ausreichend, schneiden bestimmte Themenfelder
14 nicht konsequent genug an und – und das ist das Wichtigste – sind auf rein freiwilliger Basis und
15 oft mit erheblich mehr Zeitaufwand durch zusätzliche Veranstaltungen verbunden. Wir sagen:
16 Freiwillige Zusatzqualifikationen für angehende Lehrer*innen reichen nicht aus, wir müssen aktiv
17 die Lehrer*innenausbildung in ihren Pflichtbestandteilen umstrukturieren und den Herausforde-
18 rungen der heutigen Zeit einen nicht streichbaren Platz im Studium schaffen.

19 Zuletzt sei nochmals auf die anfangs erwähnten Fort- und Weiterbildungen verwiesen. Wir finden,
20 all diese Umgestaltungen der Ausbildung müssen simultan auch von bereits unterrichtenden Leh-
21 rer*innen getragen und angewandt werden. Daher fordern wir eine Vereinheitlichung und zent-
22 rale Koordination von der Aus-, Um- und Weiterbildung. Der Status Quo, dass sowohl die einzel-
23 nen Hochschulen, als auch die Studienseminare, als auch das jeweilige Kultusministerium, be-
24 stimmte Zuständigkeiten und eigenständigen Gestaltungsspielraum haben, macht die Umsetzung
25 einer grundlegenden Neustrukturierung schwieriger als nötig. Nur, wenn alle Teilbereiche der
26 Lehrer*innenbildung, also Studium, Referendariat und Fort- bzw. Weiterbildungen gemeinsam
27 reformiert und neustrukturiert werden, kann der dringend nötige Wandel bei der Ausbildung von
28 Lehrenden gelingen. Dafür machen wir uns stark, das muss unser Schritt hin zu einem gerechte-
29 ren, moderneren und sozialeren Schulsystem sein.

Begründung:

erfolgt mündlich.

B7

Beschluss 2018.B7: Kirchen überprüfen – Verfassungsfeindliche Symboliken entfernen


Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

- 1 Wir fordern das katholische Büro Niedersachsens, die Evangelische-Lutherische Landeskirche
- 2 Hannover, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippe, die Evangelisch-lutheri-
- 3 sche Landeskirche in Braunschweig, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg und die
- 4 Evangelisch-reformierte Kirche auf, sich aktiv an der Beseitigung von Verfassungsfeindlichen Sym-
- 5 bolen aus dem Dritten Reich zu beteiligen und die Kirchen, insbesondere deren Kirchenglocken,
- 6 auf nationalsozialistische Beschriftungen zu prüfen und diese ggf. zu ersetzen.

Begründung:

Es sind über 70 Jahre vergangen seitdem Deutschland und die Welt nicht mehr unter der nationalsozialistischen Herrschaft leidet. Faßberg-Münden und Schweringen sind zwei Orte in Niedersachsen, an denen Kirchenglocken entdeckt wurden, die mit Hakenkreuzen verziert sind. Wir sind der Meinung, dass darf nicht sein. Deshalb sollten Kirchen und Kapellen begutachtet werden um beispielsweise weitere solche Glocken ausfindig zu machen und diese dann einzuschmelzen – oder um an die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und deren Opfer in geeigneter Weise zu gedenken.

	<p>Beschluss 2018.G1: „Bist du irre?“ – Awareness für psychische Krankheiten von jungen Menschen erhöhen</p> <p>Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand</p> <p>Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag</p>
---	--

- 1 Laut dem Aktionsbündnis Seelische Gesundheit und internationalen Studien zeigen ca. 20% aller
2 Heranwachsenden psychische Auffälligkeiten. Etwa 5% der Jugendlichen in Deutschland erkran-
3 ken an einer gravierenden psychischen Störung. Psychische Krankheiten sind dementsprechend
4 keine Seltenheit bei jungen Menschen. Dennoch ist der momentane Umgang mit ihnen erschre-
5 ckend. Ein solcher hat meist aber schwerwiegende Folgen. Deshalb müssen wir etwas ändern.
- 6 Ein Umdenken muss zuerst in den Schulen ansetzen, denn diese und insbesondere die Lehrer*in-
7 nen sind kaum bis gar nicht auf diese Problemstellung eingestellt und oftmals überfordert. Daran
8 muss sich etwas grundlegend ändern, denn auch das ist ein Teil von Inklusion und ein Zeichen
9 für eine offene und tolerante Gesellschaft.
- 10 Deshalb fordern wir:
- 11 • Psychische Krankheiten sollen schon in der Lehrer*innenausbildung Bestandteil des Cur-
12 riculums sein. Junge Lehrkräfte sollen schon mit einem Grundwissen über die verschiede-
13 nen, oft vorkommenden psychischen Krankheiten an die Schule kommen, um so ein
14 Grundverständnis für Erkrankte zu haben und besser entwickeln zu können.
 - 15 • Es muss regelmäßige Fortbildungen für alle Lehrkräfte zu psychischen Krankheiten geben,
16 damit diese auf den aktuellen Stand der Forschung gebracht werden. Dies darf jedoch
17 nicht zu Vordiagnosen und weiterer Stigmatisierung führen, sondern dient lediglich der
18 erhöhten Sensibilisierung. Diagnosen dürfen nur durch qualifizierte Fachkräfte gestellt
19 werden.
 - 20 • Es soll Projekttag und Aktionswochen an den Schulen geben, damit alle Schüler*innen
21 ein Verständnis und Erkennen für die verschiedenen Krankheitsbilder haben. So soll Mob-
22 bing entgegengetreten werden.
 - 23 • Außerdem soll es mehr Schulpsycholog*innen geben. Der Betreuungsschlüssel muss
24 drastisch steigen. Die Expert*innen sollen eng mit den Lehrkräften zusammenarbeiten,
25 aber auch mit den Schüler*innen. So soll es die Möglichkeit geben, auch in einzelne

1 Klassen zu gehen, um dort die Klassengemeinschaft zu sensibilisieren. Auch so soll Mob-
2 bing von Kindern mit psychischen Erkrankungen vorgegriffen werden.

3 • Ein individuelleres Lernen muss ermöglicht werden. So sollte es mehr Härtefallregelungen
4 geben, damit die Jugendlichen nicht noch mehr unter Druck gesetzt werden. Lehrer*innen
5 sollten ein größeres Verständnis dafür entwickeln, dass Jugendliche mit psychischen
6 Krankheiten nicht genauso lernen können, wie andere. Deshalb müssen neue Methoden
7 und Unterstützungsmechanismen entwickelt werden, die individuell angepasst werden.

8 Aber nicht nur in der Schule brauchen wir ein Umdenken. Auch die Eltern müssen mehr und
9 besser unterstützt werden, wir dürfen sie nicht allein lassen. Deshalb fordern wir:

10 • Familiencoachings für Familien von psychisch erkrankten Jugendlichen als Krankenkassen-
11 leistung aufzunehmen. Ein wichtiger Schritt, um der ganzen Familie zu helfen.


12 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern. So muss es einen enge-
13 ren Kontakt geben, um dem Kind besser gerecht zu werden.

14 • Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Schulpsycholog*innen und Eltern muss erreicht
15 werden. Individuelle Lösungen für das Kind sollen so leichter gefunden und entwickelt
16 werden.

17 All diese Punkte zeigen: wir brauchen ein Umdenken. Wir müssen sensibler mit solchen Erkran-
18 kungen umgehen und mehr Awareness schaffen, vor allem bei jungen Menschen. Denn ein fal-
19 scher Umgang ist prägend für den Rest des Lebens.

Begründung:

Erfolgt mündlich.


	<p>Beschluss 2018.G2: Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf!</p> <p>Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand</p> <p>Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag</p>
---	--

- 1 Wir fordern, dass die Erforschung von Verhütungsmitteln für Männer* vorangetrieben wird. Landes- und Bundesregierung sollen jeweils Druck auf Pharmaunternehmen ausüben und Forschungsgelder bereitstellen.
- 2
- 3

Begründung:

Noch immer ist die Verhütung vor allem der Frau* überlassen. Viele Männer* machen sich darüber kaum Gedanken. Zugegeben, es gibt wesentlich weniger Möglichkeiten für Männer*, zu verhüten. Das liegt aber vor allem daran, dass kaum in die Forschung investiert wird, da die Nachfrage wenig spürbar ist. Zudem kommen Forschungsergebnisse oft nicht als Medikamente auf den Markt, da sie zu hohe Nebenwirkungen haben, so auch bei der Pille für den Mann*. Vergleicht man diese nun aber mit den Nebenwirkungen für die Pille zur hormonellen Verhütung für Frauen* gibt es kaum Unterschiede, außer dass die Liste für Zweitere nur noch länger ist. Frauen* sollten nicht mit diesen Nebenwirkungen leben müssen, es müssen Alternativen geschaffen werden, die auch den Mann* einbeziehen.

Wir sagen: Es muss ernsthaft in die Forschung an Verhütungsmittel für Männer* investiert werden. Forschungsgelder müssen als Anreize bereitgestellt werden. Nur so wird es zu einer ernsthaften, zielorientierten Forschung kommen. Denn Gleichberechtigung hört nicht bei der Verhütung auf!

	<p>Beschluss 2018.G3: Organspende stärken – Widerspruchslösung jetzt!</p> <p>Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand</p> <p>Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag</p>
---	---

- 1 Wir fordern, dass endlich die Widerspruchslösung bei Organspenden eingeführt wird. Dies be-
2 deutet, dass jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahrs zu einer organspendenden Person
3 wird, insofern diesem nicht komplett oder in Teilen widersprochen wird. Alle Personen sollen dar-
4 über vor ihrem 18. Geburtstag postalisch mit einem ausführlichen Informationsschreiben hinge-
5 wiesen werden. Das Schreiben soll ermöglichen, dass man auf einfache Art und Weise widerspre-
6 chen kann. So müsste das Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen
7 und Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) in §3 (Entnahme mit Einwilligung des Spenders) ge-
8 ändert werden. §4 TPG entfällt und §7 Absatz 1 und Absatz 2 TPG werden angepasst.
- 9 Außerdem soll es ein breit aufgelegtes Informationsprogramm geben, dass über die Chancen,
10 aber auch die Risiken einer Organspende informiert. Dieses soll vom Bundesministerium für Ge-
11 sundheit angeleitet werden und unter anderem auch an Schulen stattfinden. Ziel soll es sein, die
12 Bevölkerung besser über das Thema der Organspende zu informieren.

Begründung:

Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem eine Entscheidungslösung bei Organspenden gilt. D.h. dass sich Personen aktiv dazu entscheiden müssen, Organspender*in zu werden. Die Zahl der Personen, denen tatsächlich Organe entnommen wurden lag 2017 in Deutschland bei 9,3 pro Millionen Personen und somit unter der 10 pro Millionen Personen, die international als Voraussetzung für ein funktionierendes Organspendesystem gilt (Quelle: Jahresbericht der Stiftung Eurotransplant). Deutschland liegt damit ganz hinten im europäischen Vergleich.

In einer Befragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2016) haben 81 Prozent der Befragten angegeben, einer Organ- und Gewebeentnahme positiv gegenüberzustehen, allerdings hatten nur 32 Prozent der Befragten einen Organspendeausweis. Diese Zahlen machen deutlich, dass vielen Menschen, die auf eine Organspende angewiesen sind, geholfen werden könnte, wenn die Widerspruchslösung eingeführt würde. Momentan müssen die Menschen nämlich noch von sich aus aktiv werden, um einen Organspendeausweis zu beantragen. Ein Schritt, den zu wenige gehen.

G4

Überweisung 2018.G4: **Soziale Berufe aufwerten, Qualität steigern, Berufsbild attraktiver machen**

Antragsteller*in: Juso-AG Herzberg

Der Antrag wurde an das Juso-Forum überwiesen.

- 1 Wir fordern eine grundlegende und deutlich spürbare Anhebung der Bezahlung von Angestellten
- 2 und Auszubildenden in sozialen Berufen. Hierbei fordern wir als Größenordnung, dass (Pflege-
- 3)Berufe im sozialen Sektor im Bereich einer Besoldung von Lehrer*innen liegen muss, um diesen
- 4 Berufszweig und die dort angestellten Menschen adäquat, menschenwürdig und sozial gerecht
- 5 zu entlohnen und Azubis einen flächendeckenden Mindestlohn erhalten müssen

Begründung:


Der soziale Sektor und somit die dort angesiedelten Berufe bzw. Berufszweige sind die Herzkammer unserer sozialen Gesellschaft und des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Berufe wie u.a. Kindergärtner*innen, Erzieher*innen, Pfleger*innen sowohl in der Kinder-, Jugend-, Behinderten-, Kranken- und Altenpflege decken den kompletten Querschnitt unserer Gesellschaft ab und unterstützen uns alle im Laufe unseres Lebens, sei es direkt oder indirekt. Hierbei sind die Angestellten in diesen Berufen für uns da und leisten einen unglaublich wertvollen Beitrag für unseren sozialen Zusammenhalt und unterstützen uns besonders zu den Zeitpunkten unseres Lebens, in denen wir uns noch nicht oder nicht mehr selber helfen können.

Deswegen müssen diese Berufe für die Männer und Frauen, die diesen wertvollen Dienst verrichten zwingend besser entlohnt und somit auch für Menschen, die sich entscheiden in diesem Bereich zu arbeiten deutlich aufgewertet und attraktiver gemacht werden. Laut ver.di fehlen bereits jetzt 70.000 Fachkräfte in der Krankenpflege, sowie 40.000 alleine in der Altenpflege. Dies sind allarmierende Zahlen, gerade in Bezug auch auf die noch kommenden Altersverschiebungen und den benötigten Pflegebedarf innerhalb aller Altersklassen.

Einen Grund hierfür sehen wir die teils, nicht menschenwürdige Bezahlung für Angestellte in diesem Bereich. Bei teils dreistelligen Überstundenzahlen, hohem Stress- und Verantwortungslevel sehen wir es als zwingend notwendig an, dass Frauen und Männer im sozialen Bereich in der Größenordnung eines/r Grundschullehrer*in entlohnt werden. Auch Azubis soll der Einstieg in diesen Berufszweig durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohn attraktiver

Jusos Göttingen 2018: *Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht*

gemacht werden und die anschließende Entlohnung eine Perspektive geben und die Bestätigung, dass ihre Arbeit innerhalb der Gesellschaft wertgeschätzt wird.

	<p>Beschluss 2018.G5: Aufhebung der Altersgrenze in der Familienversicherung während der (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz</p>
---	--

- 1 Wir fordern das Fortbestehen in der Familienversicherung für sich in (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung befindenden Personen über die Vollendung des 25. Lebensjahrs hinaus.
- 2

Begründung:

Nach aktueller Gesetzeslage endet in der Regel mit der Vollendung des 25. Lebensjahres die Möglichkeit der kostenlosen Versicherung von sich in Schul- und Berufsausbildung (z.B. einem Studium) befindenden Personen über die Familie und er*sie muss sich eigenständig krankenversichern. Studierende können sich dabei bis zum 30. Lebensjahr oder 14. Semester in der Krankenversicherung der Studierenden (KVdS) für ungefähr 80-90 € versichern. Sollte während des Studiums das 30. Lebensjahr oder das 14. Semester vollendet werden, fällt der*die Studierende auch aus der KVdS heraus und muss sich für einen Beitrag von ungefähr 140 € eigenständig versichern. Im Zuge der Gleichbehandlung von Studierenden und Auszubildenden gelten die Beitragssätze der KVdS ebenfalls für Auszubildende über 25 Jahren.

Die Krankenversicherungsbeiträge stellen dabei einen hohen finanziellen Mehraufwand dar und benachteiligen alle jene Studierenden, die beispielsweise ein Studium über den zweiten Bildungsweg aufgenommen haben oder aufgrund von Pflege, Krankheit oder Arbeit länger studieren müssen. Des Weiteren fällt dieses System denjenigen zur Last, die freiwillig länger studieren – sei es beispielsweise aus Gründen wie fachlichem Interesse oder ehrenamtlichen Engagement. Ebenso betroffen sind Studierende, die auf Grund von den herrschenden Numerus Clausus Regelungen und damit einhergehenden Wartezeiten ihr Studium erst später aufnehmen können. Da viele der sich in schulischer Ausbildung Befindenden oftmals keine Ausbildungsvergütung erhalten und oftmals Schulgeld entrichten müssen, sind auch diese stark durch die Krankenversicherungsbeiträge belastet.

Wir fordern daher im Sinne des lebensbegleitenden Lernens und eines gerechten, vom Geldbeutel unabhängigen Bildungssystems, die Aufhebung der Altersgrenze für die Versicherungsmöglichkeit in der Familienversicherung für sich in (Hoch-)Schul- oder Berufsausbildung befindende Personen.

11

Beschluss 2018.11: Die Kurd*innen – das größte staatenlose Volk. Eine Resolution.

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

- 1 Wir, die Jusos Göttingen, werden im Rahmen der Thementage uns mit der Geschichte und den
- 2 Unabhängigkeitsbestrebungen des kurdischen Volkes auseinandersetzen und dabei die innen-
- 3 politische Entwicklung der Türkei, in der die Mehrheit der Kurd*innen leben, analysieren.
- 4 Ziel des Thementages ist eine objektive Analyse des Kurd*innenkonfliktes, die Klarheit schaffen
- 5 und jedem Mitglied eine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen soll.
- 6 In den letzten Jahren verstärken sich die Bestrebungen zur Gründung eines Kurd*innenstaates,
- 7 welche zu einer Vielzahl militärischer Konflikte führten, wie zuletzt die völkerrechtswidrige Belage-
- 8 rung der kurdischen Stadt Afrin seitens der Türkei. Vor allem in Deutschland wird der Konflikt
- 9 aufgrund der vielen türkisch- bzw. kurdischstämmigen Deutschen diskutiert und sorgt für Gewalt
- 10 und Hass.
- 11 Die Jusos Göttingen kritisieren im Hinblick auf den Prozess der Erneuerung der Partei die Waffen-
- 12 lieferungen der Bundesregierung an die Türkei und fordern von der Bundesregierung einen stär-
- 13 keren Einsatz für Frieden.

12

Beschluss 2018.12: **Europa entdecken**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung, SPD-Unterbezirksparteitag

- 1 Wir fordern ein kostenloses Interrailticket als Geschenk der Europäischen Union an alle jungen
- 2 Menschen zum 18. Geburtstag, die ihren dauerhaften Wohnsitz in Europa haben. Damit soll es
- 3 ihnen ermöglicht werden, etwa einen Monat lang kostenlos das Schienennetz der EU-Mitglieds-
- 4 staaten zu nutzen. Darüber hinaus soll die Einrichtung eines Unterstützungsfonds und eine Sub-
- 5 ventionierung der Übernachtungsplätze für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln geprüft
- 6 werden.

Begründung:

Die Europäische Union steckt in einer Krise. Immer mehr euroskeptische Parteien finden Einzug in die Nationalparlamente, aber auch ins Europaparlament. Und auch der Brexit ist ein Zeichen der Krise.

Dieser Bewegung müssen wir uns als internationalistischer und europafreundlicher Richtungsverband entgegenstellen. Wir müssen die Probleme anpacken und die EU verbessern. Dazu gehört auch, dass wir wieder zeigen, wofür die EU aus unserer Sicht stehen sollte: für Offenheit, Toleranz und Solidarität.

Indem man jungen Menschen ein kostenloses Interrailticket zur Verfügung stellt, erreicht man mehrere positive Effekte. Zum einen zeigt man ihnen, dass die EU Freiheit bedeutet, denn nur durch die EU kann man so problemlos innerhalb Europas reisen, zum anderen lernen junge Menschen so andere Kulturen und Menschen kennen. Sie können sich mit anderen Europäer*innen austauschen und vernetzen. So entwickeln sie ein Verständnis füreinander und es entsteht ein ganz anderes Zusammengehörigkeitsgefühl. So begeistern wir wieder junge Menschen für die europäische Idee.

K1

Beschluss 2018.K1: Das JUZI unterstützen – gestern, heute, morgen – eine Resolution.

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD Göttingen Jahreshauptversammlung

- 1 Das Juzi ist ein linker Treffpunkt in Göttingen. Es gibt viele Angebote, Projekte und Initiativen, die
- 2 es ohne das Juzi nicht geben würde und ohne die die linke Szene in Göttingen deutlich ärmer
- 3 wäre. So sind z.B. die Soliküche und die vielen Vorträge zu nennen. Es ist ein Freiraum in Göttingen,
- 4 der hart erkämpft wurde und für den wir Jusos Göttingen auch weiterhin eintreten wollen.
- 5 Wir sagen ganz klar: ohne Juzi – ohne uns! Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass das
- 6 Juzi auch finanziell weiter unterstützt wird, damit dieser Freiraum erhalten bleibt und ihn auch
- 7 viele weitere Generationen nutzen können.

K2

Beschluss 2018.K2: Mehr Flauschigkeit wagen – Alpakas auf dem Göttinger Kehr ansiedeln und auswildern

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz

1 Wir fordern den Aufbau einer stabilen Population von Alpakas im Wildtiergehege auf dem Göttinger
2 Kehr, um die Artenvielfalt in Göttingen und damit auch Niedersachsen weiter aktiv voranzu-
3 bringen und die Attraktivität der Naherholung zu steigern. Eine Refinanzierung der zur Anschaf-
4 fung notwendigen Gelder kann durch den Verkauf von Wollwaren (beispielsweise Socken, Hand-
5 schuhe oder Ohrenschützer) aus Alpakawolle ermöglicht werden.

6 Mittel- bis langfristig fordern wir – nach norddeutschem Vorbild – eine Auswilderung der (noch)
7 nicht einheimischen Tierart in den Göttinger Wäldern sowie dem Umland. Die oberste Priorität ist
8 die Steigerung der touristischen Attraktivität Niedersachsens, sowie eine freie Entfaltungsmög-
9 lichkeit der Paarhufer fernab von Zäunen und Beschränkungen.

Begründung:

(Süd-)Niedersachsen und Göttingen speziell sind attraktive Regionen. Allerdings dreht sich die Welt so schnell wie noch nie und es liegt an der Region, noch vor eventuellen Einbußen an touristischem wie ökologischem Gehalt, zu intervenieren. Dabei neue, zunächst vielleicht ungewöhnlich klingende, Wege zu gehen, ist dabei die unserer Ansicht nach beste Vorgehensweise.

Vorbild muss dabei die Region um den Ratzeburger See in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sein. Die dort ansässigen Nandus, eine Laufvogelart ursprünglich aus Südamerika stammend, leben seit 2000 in einer wilden Population vor Ort und bereichern bereits seit 18 Jahren die norddeutsche Tiefebene. Über 220 Nandus lebten 2017 in der Region – ausgehend von der Flucht von einigen wenigen Exemplaren – zwischen den beiden Bundesländern. [1] Sie stehen unter Artenschutz und gelten als einzige Population in Mitteleuropa – was für ein Modellprojekt!

Nun gilt es für Göttingen, nachzuziehen. Mit Alpakas, einer besonders flauschigen und domestizierten Kamelart, haben wir im ortsansässigen Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie die idealen Voraussetzungen für unser eigenes Experiment im Bereich der Artenvielfalt. Von dieser Herde können einzelne Alpakas entnommen und Grundlage einer neuen Population werden. Der ideale Ort dafür ist ebenfalls bereits vorhanden: Auf dem Göttinger Naherholungsgebiet „auf dem

Kehr“ nahe des Göttinger Stadtwaldes im Südosten der Stadt bieten sich gute Voraussetzungen. Neben Wildschweinen und anderem Wildtier gibt es auch Weideland, auf dem sich die Kameltiere in einem zunächst eingezäunten Bereich wohlfühlen können. Im Anschluss besteht dann die Möglichkeit, nach einer angemessenen Zeit die Tiere auszuwildern und damit die ganze Region von einer wollig-schönen Herde profitieren zu lassen.

Die Refinanzierung kann durch den Verkauf von Wollwaren der Stammpopulation am Kehr ermöglicht werden. Alpakawolle ist bekanntermaßen besonders langlebig, schmutzabweisend, strapazierfähig, feuchtigkeitsabweisend und neben UV-Undurchlässigkeit auch weniger anfällig für Verfilzungen. [2] Dadurch ist Alpaka-Wolle äußerst wertvoll und ermöglicht ersten Kalkulationen zufolge eine kostenneutrale Ansiedlung.

[1] Vgl. <https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/220-nandus-bevoelkern-nord-deutsche-tiefebene-id16544546.html> [Letzter Abruf: 11.03.2018]

[2] Vgl. <https://www.edlerzwirn.com/alpaka/> [Letzter Abruf: 11.03.2018]

K3

Beschluss 2018.K3: Graffiti-Kunst in Göttingen – Mehr Räume für Street Art schaffen!

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD Göttingen Jahreshauptversammlung

- 1 Die Jusos Göttingen fordern die SPD-Fraktionen in den Ortsräten sowie dem Stadtrat Göttingen
- 2 dazu auf, zusätzliche Räume für Graffiti-Kunst (sog. Street Art) in der Stadt zu schaffen. Im Rahmen
- 3 von einer Bürger*innenbefragung oder einem anderen, angemessenen Verfahren sollen geeig-
- 4 nete Flächen im Stadtbild ausgemacht werden und in einer Kampagne öffentlichkeitswirksam als
- 5 legale Graffiti-Areale bezeichnet werden.

- 6 Die künstlerische Arbeit soll vorrangig von Jugendgruppen im Rahmen von Freizeitaktivitäten ver-
- 7 richtet werden, denen eine hohe Eigenständigkeit bei der Gestaltung zugesprochen werden soll.
- 8 Auch sind Projekte mit etablierten Künstler*innen möglich, die für ihre Arbeit entsprechend ent-
- 9 lohnt werden sollen. Für die Koordination der Projekte soll im Rahmen des Kulturausschusses ein
- 10 Ansprechpartner ausgeschrieben oder aus den Reihen der Mitglieder ernannt werden, der als
- 11 Bindeglied zwischen Verwaltung und Street Art Künstler*innen fungieren soll. Mit diesen neuen
- 12 Graffiti-Flächen schaffen wir so ein bunteres, offeneres und modernes Stadtbild für Göttingen
- 13 und leisten einen Beitrag gegen das triste Grau einer Großstadt.

Begründung:

Als „Stadt, die Wissen schafft“ hat sich Göttingen bereits einen Namen und ein Label gegeben. Die universitäre Bildung sollte aber nicht das einzige Identifikationsmerkmal sein. Vielmehr zeichnet die Stadt die Interkulturalität, die künstlerischen Tätigkeiten sowie die generationenübergreifende Zusammensetzung und Interaktion der Bewohner*innen miteinander aus. Die Jugend der Stadt geht dabei unserer Ansicht nach ab und zu kurz aus, obwohl sie mit 13% der Bevölkerung einen nicht zu verachtenden Teil des Stadtbildes ausmachen. [1] Hier sehen wir Nachholbedarf durch rein auf Jugendliche zugeschnittene Angebote zur Beteiligung.

Auch hat Göttingen – wie jedes Ballungszentrum – viele Bereiche im innerstädtischen Bereich, in denen Grünflächen und farbenfrohe Elemente Mangelware sind und oftmals dem asphaltgrau der Straße und anderer großflächiger Gebäudekomplexe weichen mussten. Als Beispiele seien hier der Bereich um den Bahnhof und das Groner Tor, die Nordstadt und ihre dichte Bebauung

oder die industriegeprägten Stadtteile Weststadt und Grone genannt. Auch hier sehen wir Bedarf an einer Verschönerung dieser Orte grauer Einöde.

Unsere Idee verbindet nun diese beiden Themenbereiche. Mit der bewussten Ausweisung von grauen und tristen Flächen, die ein Stadtgebiet mit sich bringt, als Graffiti-Fläche, ergeben sich neben der oberflächlichen Veränderung des Aussehens weitere positive Nebenwirkungen. Zum einen identifizieren sich Jugendliche viel eher mit ihrer Stadt – so die Annahme – wenn sie selbst an ihrem Bild nach außen partizipiert und mitgewirkt haben. Der Vergleich zu Kunstprojekten an Schulen und der damit zusammenhängenden gemeinsamen Gestaltung ihres Lernortes hinkt hier sicherlich nicht. Zum anderen stärken wir den Kunst- und Kulturort Göttingen durch ein solches Vorzeigeprojekt. Als Beispiel für die Initiierung eines solchen Projekts kann Nürnberg dienen, die im Dezember 2015 auf Antrag der dortigen SPD-Stadtratsfraktion Maßnahmen zur Förderung von Street Art angegangen ist. [2] Keinesfalls ein neues Thema, entstand die entsprechende künstlerische Strömung schon in den 1970er Jahren und hat sich seitdem weit verbreitet. Der Street Art Künstler „Banksy“ erregt mit seiner Kunst seit einigen Jahren internationale Aufmerksamkeit, Berühmtheiten kaufen seine Werke und Nachahmer*innen seiner Vorgehensweise finden sich auch in Göttingen selbst. Wir reden hier keineswegs von einer verbotenen Rumschmiere – es ist vielmehr Zeit, dass auch wir uns gemeinsam zu dieser Kunstform bekennen und ihr den entsprechenden Raum im Stadtbild einräumen.

Die Akademisierung von Kunst und Kultur ist auch in Göttingen omnipräsent. Museen und Theater dominieren, alternative Kunstformen wie eben das Graffiti werden verpönt und verboten. Diese Restriktionspolitik sollten wir an dieser Stelle mutig aufbrechen und unseren Horizont von Kunst erweitern. Mit dieser modernen Form der Kunst können wir weitere Altersgruppen und Personengruppen in Göttingen von Ästhetik und Kultur begeistern – explizit diejenigen, die nicht den Weg ins Museum antreten oder einem Theaterstück folgen. Jugendliche können so selbst an ihrer Stadt und ihrer Gestaltung teilhaben und sich an Kunst fernab des Schulunterrichts probieren – Göttingen kann nur davon profitieren.

[1] Ausgegangen von einer Altersspanne zwischen 6 und 21 Jahren laut Erhebung 2016. Vgl. <http://www.goesis.goettingen.de/pdf/Faltblatt.pdf> [letzter Abruf am 27.03.2018]

[2] Der Antrag findet sich online hier: https://spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de/fileadmin/user_upload/_fraktion/Antr%C3%A4ge_2016/abae151219_Street_Art_in_N%C3%BCrnberg.pdf, die Pressemitteilung der Fraktion hier: <http://spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de/detail/2017-03-16-street-art-in-nuernberg-soll-staerker-gefoerdert-werden/> [letzter Abruf jeweils am 27.03.2018]

P1

Beschluss 2018.P1: Eine sozialdemokratische Erzählung –
What are you talking about?

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: SPD-Mitgliederversammlung Göttingen

- 1 Wir fordern die SPD auf zu einer linken und zukunftsfähigen Politik zurückzukehren. Dabei ist es
- 2 für uns essentiell, dass durch einfache Sprache und geschickte Kommunikation die Programme
- 3 an die Bürger*innen verständlich herangetragen werden. Dies geht neben Wahlprogrammen
- 4 auch für Pressemitteilungen Reden etc.

Begründung:

Wir fordern eine Rückkehr zu einer linken und zukunftsorientierten Erzählung.

Die Sozialdemokratie; international sozialistisch und gewerkschaftlich agierende Bewegungen erreichen mit Forderungen und ihrer Kritik am aktuellen System nicht mehr die Massen, um das Beklagte zu verändern. Es fehlt konkret: eine Vision.

Einfache Sprache als Mittel der Verbreitung ist das Schlüsselement um für sich und seine Ideen Werbung zu machen, bisher scheitert dies. Eine Möglichkeit dafür ist u. a. das Framing. Hierbei werden Politik- und Themenfelder besetzt und mit eigener Sprache so aus ausgestaltet, dass es keine Zweifel an der Herkunft der Idee gibt.

Eine Partei muss Meinungsstark sein, das bedeutet, auch in der Öffentlichkeit Rückgrat zu zeigen, sich mit anderen politischen Akteur*innen auseinanderzusetzen. Also nicht die Fahne im Wind zu sein, sondern auch an den Überzeugungen, die ein*e jede*r hat, festzuhalten.

Um eine Vision verbreiten zu können, braucht eine Partei wie die SPD zunächst überhaupt wieder Eine. Wir Jusos sind der Meinung, dass erfolgreiche Wahlen links der Mitte gewonnen werden. Natürlich muss eine Volkspartei für die meisten Wähler*innen ansprechend sein, dass bedeutet aber auch eine klare Abgrenzung zu den politischen Gegner*innen und auch das Ansprechen und Hervorheben dieser Unterschiede. Eine Vision für die einzelne Wahl muss längerfristig erarbeitet werden, damit diese arbeiten und überzeugen kann.

P2

Beschluss 2018.P2: SPD erneuern – Mitgliederstrukturen verbessern

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Mitgliederversammlung Göttingen, SPD-Unterbezirksparteitag

1 Wir fordern, dass im Rahmen der Erneuerungsdebatte innerhalb der SPD alle Ebenen zusammen-
2 arbeiten, um die Mitglieder aktiv in der politischen Arbeit zu verankern. Deshalb muss der Eintritt
3 in die Partei einfacher werden, die Mitarbeit inklusiv gestaltet werden sowie die Datenbank der
4 SPD immer auf dem aktuellsten Stand gehalten werden.

5 Aus diesen Gründen soll ein Leitfaden erarbeitet werden, in dem Richtlinien festgeschrieben wer-
6 den sollen, wie Mitgliederarbeit in der nahen Zukunft aussehen sollte.

7 Für uns bedeutet das konkret:

- 8 • Inklusiver und einfacher Einstieg in die Partei
- 9 • Kontaktmöglichkeiten von Mitgliedern und Interessierten an den Ortsverein (Kontaktinfor-
10 mationen zum Ortsvereinsvorstand sollte öffentlich sein)
- 11 • Kontaktaufnahme vom Ortsverein beim Neumitglied innerhalb von 72 Stunden
- 12 • Genoss*innen die Mitarbeit anzubieten und zu eigenständigen Arbeiten anzuregen
- 13 • Abfrage unter den Mitgliedern Zwecks der Möglichkeit von Teilnahme an Mitgliederver-
14 sammlungen der Genoss*innen (insbesondere zeitlich)
- 15 • Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sollten für alle, nicht nur Mandatsträger*in-
16 nen, zeitgünstig angeboten werden und auch bezahlbarer werden
- 17 • Aufbau eines Mentoring-Programmes für Kommunalpolitik und die Einbindung von Mit-
18 gliedern in die Vorstandsarbeit

Begründung:

Erfolgt mündlich.

R1

Beschluss 2018.R1: Gegen die Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung – Teilhabe leben!

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 Menschen mit Behinderung sind in Deutschland teilweise vom Wahlrecht ausgeschlossen. Nach
2 § 13 Bundeswahlgesetz dürfen Menschen, denen zur Besorgung aller Angelegenheiten dauerhaft
3 eine Betreuerin oder ein Betreuer bestellt wurde, nicht an der Bundestagswahl teilnehmen. Eine
4 Betreuung erfolgt nach § 1896, wenn eine Person infolge einer psychischen Krankheit oder einer
5 körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise
6 nicht besorgen kann. Das Wahlrecht von Personen mit Betreuer wird durch § 3 Nr. 2 Niedersäch-
7 sisches Landeswahlgesetz und § 48 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
8 ausgeschlossen. Gleiches gilt für das Wahlrecht zur Europawahl und das, obwohl auf europäi-
9 scher Ebene viel über die Rechte von Menschen Behinderungen entschieden wird.

10 Eine Abschaffung dieser Wahlrechtsbeschränkung ist überfällig. Seit 2009 ist die UN-Behinder-
11 tenrechtskonvention für Deutschland rechtsverbindlich und hat als Völkerrecht den Rang eines
12 Bundesgesetzes. Die Konvention sieht in Art. 29 auch politische Teilhabe vor. 2017 verabschie-
13 dete auch der Europarat eine Resolution. Eine Handlungsempfehlung an die Mitgliedsstaaten war
14 die Abschaffung von Diskriminierungen auf Grund von Betreuung. Dem ist zu folgen, wie es in
15 einigen Bundesländern bereits getan wurde.

16 Die Notwendigkeit der Betreuung wird zwar von den Gerichten intensiv geprüft, die Frage der
17 Fähigkeit zur politischen Willensbildung ist jedoch nicht Bestandteil der Prüfung. Der Wahlrechts-
18 ausschluss basiert also auf der Pauschalisierung, dass Menschen mit Betreuer zu einer Wahlent-
19 scheidung nicht in der Lage seien. Dies muss nicht zwingend der Fall sein und ist eine diskriminie-
20 rende Annahme.

21 Einen Teil der Gesellschaft ohne sachlichen Grund vom Wahlrecht auszuschließen ist nicht demo-
22 kratisch und verhindert, dass die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe gehört werden. Gerade
23 kleinere und auch in anderen Bereichen von Diskriminierungen betroffene Teile der Bevölkerung
24 sollten politisch teilhaben und somit ihre Rechte durchsetzen können. In Niedersachsen sind
25 10.000 und in Gesamtdeutschland 81.000 Menschen betroffen.

- 1 Wir wollen mehr Teilhabe wagen und unterstützen deshalb ausdrücklich den momentan im Nie-
- 2 dersächsischen Landtag diskutierten Gesetzesvorschlag zur Abschaffung von § 3 Nr. 2 Nieder-
- 3 sächsisches Landeswahlgesetz und § 48 Abs. 2 Nr. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungs-
- 4 gesetz.
- 5 Wir fordern, dass eine solche Gesetzesinitiative auch bald auf Bundesebene erfolgt, vor allem
- 6 auch im Hinblick auf die Europawahl 2019. Es sollte nicht über Menschen mit Behinderung, son-
- 7 dern mit ihnen entschieden werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

R2

Beschluss 2018.R2: **Unterbringen statt abschieben**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

1 Hamburg und Bremen haben es 2015 vorgemacht. Sie ergänzten ihr Gefahrenabwehrrecht – also
2 das Polizeirecht – um eine Standardermächtigung zur Beschlagnahme privaten Eigentums zur
3 Flüchtlingsunterbringung. Eine Standardermächtigung regelt eine bestimmte Befugnis der Polizei
4 wie zum Beispiel den Platzverweis in § 17 NSOG oder die Wohnungsdurchsuchung in § 24 NSOG.
5 Wenn eine solche spezielle Norm nicht vorliegt, gibt es noch die sogenannte Generalklausel, unter
6 die juristisch sämtliche Handlungen der Polizei gefasst werden, wenn sie bestimmte Kriterien, wie
7 unter anderen das Vorliegen einer konkreten Gefahr, erfüllen.

8 In Niedersachsen werden Fälle der Beschlagnahme von Privateigentum zur Flüchtlingsunterbrin-
9 gung bisher über eben diese Generalklausel gelöst. Das oberste Verwaltungsgericht in Nieder-
10 sachsen hat in einem 2015 erfolgten Urteil [2] Zweifel an der Vereinbarkeit der Anwendung der
11 Generalklausel für die Flüchtlingsunterbringung mit dem Vorbehalt des Gesetzes bekundet. Der
12 Vorbehalt des Gesetzes besagt, dass nur auf Grund eines ausreichend bestimmten Gesetzes in
13 Grundrechte, wie hier das Recht auf Eigentum, eingegriffen werden darf. Durch das Urteil sind
14 Beschlagnahmen von leerstehenden Gebäuden, wie in dem damals entschiedenen Fall gesche-
15 hen, gerichtlich angreifbarer. Will man in Niedersachsen die Möglichkeit erhalten, ungenutzte Ge-
16 bäude für die Flüchtlingsunterbringung und damit auch zum Allgemeinwohl zu beschlagnahmen,
17 scheint die Einführung einer Standardmaßnahme ein unumgänglicher Weg zu sein.

18 Die bereits erwähnten in Hamburg und Bremen neu eingeführten Standardmaßnahmen sehen
19 ein Betretungsrecht der Behörde zur Klärung der Frage, ob die Voraussetzungen für eine Be-
20 schlagnahme vorliegen und die Befugnis zur Vornahme baulicher Veränderungen vor. Das Betre-
21 tungsrecht ist ein sinnvolles Instrument, um sicherzustellen, dass die Behörde die notwendigen
22 Informationen zur Prüfung einer Beschlagnahme erhält.

23 Dies vor allem deshalb, weil auch beim Vorhandensein einer Standardmaßnahme, an die Behörde
24 juristisch hohe Anforderungen gestellt werden, nachzuweisen, dass es keine anderen Möglichkei-
25 ten zur Flüchtlingsunterbringung als die Beschlagnahme gab.

- 1 Die Befugnis zur Vornahme baulicher Veränderungen wiederum sorgt dafür, dass das entspre-
2 chende Gebäude auch adäquat genutzt werden kann. Zwar könnten laut juristischer Fachliteratur
3 nur kleinere Maßnahmen wie die Schaffung von Fluchtwegen auf dieser Grundlage durchgeführt
4 werden, wir Jusos erachteten dies dennoch für sinnvoll. Gerade im baurechtlich überregulierten
5 Deutschland könnte die Nutzung eines Gebäudes sonst an Detailfragen scheitern.
- 6 Wir sollten vorbereitet sein, denn die Fluchtursachen bestehen immer noch und es werden Men-
7 schen zu uns kommen und Schutz suchen. Dies gilt auch oder vor allem im Hinblick auf die aktuell
8 auf europäischer Ebene laufenden Verhandlungen zum Dublin-Abkommen. Wir möchten, dass
9 Niedersachsen hier eine vorbildhafte Rolle einnimmt und mit einer solchen Standardmaßnahme
10 ein klares Signal für eine Willkommenskultur und Solidarität mit Geflüchteten setzt.
- 11 Hierbei möchten wir auch noch erwähnen, dass Art.14 II Grundgesetz betont, dass Eigentum ver-
12 pflichtet und sein Nutzen auch der Gesellschaft dienen soll. Diesen durchaus sozialistischen Ge-
13 danken unterstützen wir. Eigentum sollte für die soziale Gerechtigkeit eingesetzt werden. Politisch
14 würde dieser Schritt auch zeigen, dass man aus der Flüchtlingskrise 2015 gelernt und statt einer
15 leeren Phrase wie „Wir schaffen das“ konkrete Maßnahmen ergreift.
- 16 Wir wollen ein weltoffenes Deutschland, das für alle Menschen Platz und Chancen bietet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

R3

Beschluss 2018.R3: Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 Wir Jusos stehen für eine offene, tolerante und pluralistische Gesellschaft. Wir stellen uns ganz
2 klar gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen.

3 Deshalb fordern wir die Einführung einer Antirassismus- Klausel in der Landesverfassung und
4 somit eine verfassungsrechtliche Verankerung einer pluralistischen und toleranten Gesellschaft.

5 Folgende Änderungen sollen nach Vorbild Brandenburgs erfolgen:

6 Artikel 3 Absatz 1 soll ergänzt werden durch: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben
7 der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und menschenfeindlichen Gedankenguts
8 entgegen.“

9 Artikel 3 Absatz 3 soll geändert werden in: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Ab-
10 stammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder
11 politischen Anschauungen oder aus rassistischen Gründen benachteiligt oder bevorzugt werden.

12 Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Begründung:

Mit dem Einzug von AfD in Landtag und Bundestag sitzt wieder eine offen rassistische und menschenverachtende Partei in unseren Parlamenten. Dieser Rechtsruck geht durch die komplette Gesellschaft. Rassistische Ressentiments werden wieder immer öfter bedient und es kommt immer öfter zu Gewalttaten gegen Menschen, die vermeintlich nicht ins Weltbild der Hetzer*innen passen. Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen und handeln. Die Verankerung einer Antirassismus- Klausel ist ein gutes Zeichen dafür, muss aber natürlich durch weitere Maßnahmen begleitet werden.

Durch die Änderung des Artikel 3 Absatz 3 soll die rassistische Annahme einer „Rasse“ endlich aus der Verfassung gestrichen werden und durch eine zeitgemäßere Formulierung „aus rassistischen Gründen“ ersetzt werden.

R4

Beschluss 2018.R4: **Verkehrsschilder fürs 21. Jahrhundert**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag

- 1 Wir fordern, dass die Straßenverkehrsordnung (StVO) dahingehend geändert wird, dass diese
- 2 gender neutral gestaltet wird. So sollen u.a. die Verkehrsschilder verändert werden, aber auch
- 3 der Gesetzestext. Dies betrifft alle neu aufzustellenden Verkehrsschilder. Alte Verkehrsschilder
- 4 sollen binnen 10 Jahren ausgetauscht werden.

Begründung:

Auch im Straßenverkehr wird ein veraltetes Weltbild unter anderem in Form von Straßenschildern gelebt. So geht eine Mutter im Kleid mit einem Kind an der Hand und soll Fußgänger*innen symbolisieren. Es gibt nur Anlieger und Bewohner und auch nur von Verkehrshelfern und Reitern ist auf den Schildern zu lesen.

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband und treten seit Jahren für gendergerechte Sprache ein. Wir wissen, dass Sprache das Bewusstsein bestimmt und beeinflusst – deshalb sollten wir uns in allen Lebensbereichen dafür einsetzen, dass gegendert wird, so auch im Straßenverkehr.

R5

**Beschluss 2018.R5: Unabhängige Untersuchungsinstanz für
Polizist*innen**

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

1 In Deutschland kommt es immer wieder zu unrechtmäßiger Polizeigewalt, Misshandlungen und
2 Amtsmissbrauch. Im Jahr 2014 wurden beispielsweise 2138 [1] Polizist*innen wegen Körperver-
3 letzung angezeigt, davon wurden 33 angeklagt, die Anzahl der Verurteilungen sowie Anzeigen an-
4 derer Straftaten sind unbekannt. Wegen der geringen Wahrscheinlichkeit der Aufklärung wird je-
5 doch oft keine Anzeige gestellt oder Anzeigende werden vice versa mit einer Gegenanzeige (Wi-
6 derstand gegen die Vollstreckungsbeamte, StGB §113) eingeschüchtert.

7 Gleichzeitig muss unserer Ansicht nach auch betont werden, dass der Großteil der Polizist*innen
8 gute Arbeit leistet.

9 Betrachtet man jedoch die Art und Weise, wie gegen Straftaten im Amt ermittelt wird, werden
10 einige Schwächen aufgedeckt. Nach einer Anzeige ist die Staatsanwaltschaft dazu verpflichtet, Er-
11 mittlungen aufzunehmen. Die Ermittlungsverfahren werden jedoch von der Polizei übernommen,
12 das heißt Polizist*innen müssen gegen Polizist*innen ermitteln. Zum Teil müssen Polizist*innen
13 gegen Kolleg*innen der eigenen Dienststelle ermitteln, ein Interessenkonflikt ist da nur verständ-
14 lich und vorprogrammiert.

15 Daher fordern wir Jusos Göttingen eine unabhängige Untersuchungsinstanz für Ermittlungen ge-
16 gen Polizist*innen, um eine unabhängige und unparteiische Untersuchung gewährleisten zu kön-
17 nen. Die Untersuchungsinstanz sei wie folgt aufgebaut:

18 **Struktur:**

19 Die Untersuchungsinstanz soll als eigenständige Einheit außerhalb der exekutiven Strukturen ein-
20 gerichtet werden. Es sollen keine institutionellen oder hierarchischen Verbindungen zwischen den
21 Ermittelnden und verdächtigen Polizist*innen bestehen. Daher soll die Einheit direkt der Gene-
22 ralstaatsanwaltschaft unterstellt werden, da die teils enge Verflechtung zwischen Staatsanwalt-
23 schaft und Polizei Einfluss auf das Vorgehen haben könnte. Weiterhin soll eine (berufs-) kulturelle
24 Distanz der Ermittelnden gegeben sein, daher soll eine Einstellung von Polizist*innen vermieden
25 werden.

1 **Zuständigkeit:**

2 Der Aufgabenbereich umfasst Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Durchführung oder Unter-
3 lassung polizeilicher Maßnahmen oder gegen das persönliche Auftreten von Polizist*innen.

4 Um die Wirksamkeit des Beschwerdemechanismus gewährleisten zu können, muss die Ausstat-
5 tung mit genügend finanziellen Mitteln langfristig sichergestellt sein.

6 **Befugnisse:**

7 Die Untersuchungsinstanz soll mit umfassenden Untersuchungsbefugnissen ausgestattet wer-
8 den. Eine sofortige Sichtung des Tatortes, das Verhören von Zeugen, uneingeschränkte Aktenein-
9 sicht und unangemeldetes Betreten der Polizeidienststellen muss gestattet werden.

10 **Beschwerde- oder Ombudsstelle:**

11 Ergänzend zu den polizeiexternen Ermittlungseinheiten sollten die Voraussetzungen für die Ein-
12 richtung von unabhängigen Beschwerde- oder Ombudsstellen geschaffen werden, die Beschwer-
13 den und Hinweise auf mutmaßliche Vergehen durch Polizist*innen prüfen und an die Staatsan-
14 waltschaft weiterleiten.

15 [1] <http://www.taz.de/!5273271/> [letzter Abruf am 04.04.2018]

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Quellen:

[http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/120529_Kriterien%20für%20eine%20un-
abhaengige%20Kontrollinstanz%20zur%20Untersuchung%20von%20Polizeigewalt.pdf](http://www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/120529_Kriterien%20für%20eine%20un-
abhaengige%20Kontrollinstanz%20zur%20Untersuchung%20von%20Polizeigewalt.pdf) [letzter
Abruf am 04.04.2018]

<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/41778> [Letzter Abruf am 04.04.2018]

R6

Beschluss 2018.R6: **BFE abschaffen**

Antragsteller*in: Aljoscha Dalkner

Weiterleitung: Juso-Forum

1 Die Jusos Göttingen fordern eine Auflösung der sogenannten Beweissicherungs- und Festnah-
2 meeinheiten der Bereitschaftspolizei von Landes- und Bundespolizei. Seit Jahren stehen diese
3 geschlossenen Verbände der Bereitschaftspolizei in der Kritik. Zuletzt prügelte eine Braun-
4 schweiger Einheit einen Demonstranten in Göttingen bewusstlos. Doch auch zuvor sind meh-
5 rere gewalttätige Einsätze der BFE vorgekommen, z.B. bei Stuttgart 21, bei Castorprotesten im
6 Wendland oder bei den Einsätzen rund um den G20-Protest in Hamburg. Die Gewalt ist dabei
7 gezieltes Mittel der BFE, um vermeintliche Störer*innen in Demonstrationen festzunehmen. Die
8 Operationsweisen der BFE sind dabei dienstintern und weder für die Bürger*innen noch für Ge-
9 richte einsehbar. Aus Beobachtungen der Arbeitsweise und geleakten Teilen der dienstinternen
10 Polizeidienstvorschrift 100, lässt sich feststellen, dass BFE sogenannte zivile Tatbeobachter*in-
11 nen nutzen, um Straftaten zu beobachten. Diese tauchen dabei unauffällig in Demonstrationen
12 ein, verummern sich zum Beispiel auch, wenn Teile einer Demonstration dies tun. Dieses Vor-
13 gehen ist in mehrfacher Weise problematisch. Zum einen kommen Beamt*innen, die als zivile
14 Tatbeobachter*innen unterwegs sind, ihren Aufgaben der Straftatenprävention nicht nach, da
15 sie um jeden Umstand unentdeckt bleiben wollen. Zum anderen erfolgen Zugriffe der unifor-
16 mierten Teile der BFE erst zeitlich versetzt, sodass der Sturm in eine zu diesem Zeitpunkt friedli-
17 che Demonstration weitere Eskalationen fördert, da das Verhalten der Polizei nicht einordbar
18 und angemessen erscheint.

19 Aber auch innerhalb der BFE gibt es Strukturen, die Gewalt fördern. Der Frauen*anteil der Göt-
20 tinger BFE lag zur Gründung beispielsweise unter 5%. Die Strukturen der geschlossenen Einheit
21 können daher als männerbündisch bezeichnet werden. Hinzu kommt eine explizites Eliten-
22 Image der Einheit, der nur die körperlich fittesten, am besten Kampfsportlerfahrenen, und per-
23 sönlich motiviertesten Beamt*innen angehören dürfen. Dabei müssen sich die Beamt*innen be-
24 wusst für die BFE bewerben, es gibt also keinen Zwang Teil der BFE zu werden. All dies fördert
25 den Elitenkult in dieser Einheit, dass auch zum ergebniszwang führt. Die Einheit erwartet von
26 sich spektakuläres zu leisten, selbst bei ausbleiben konkreter Störaktionen von

1 Demonstrationen oder bei Fußballspielen. Die Konsequenz sind die oben exemplarisch aufge-
2 führten Fälle von Polizeigewalt.

3 **BFE+ oder die Militarisierung der Polizei**

4 Die Ausrüstung der BFE hat nichts mehr zu tun mit einer bürger*innennahen Polizei. Chemische
5 Kampfstoffe in Form von Pfefferspray (400ml+20ml), schwere Panzerung und Schlagstock, ha-
6 ben den BFE-Beamt*innen den Spitznamen Robocops eingebracht. Die auf Bundesebene neu
7 geschaffene BFE+ setzt noch einen drauf. Diese Einheiten sind kaum mehr vom SEK zu unter-
8 scheiden in Ausrüstung und Auftreten. Während das SEK bei bewaffneten Kriminellen eingesetzt
9 werden soll, ist diese Ausrüstung für eine Demonstrations- und Großveranstaltungseinheit nicht
10 nachvollziehbar. Intern vergleichen sich die Mitglieder der BFE+ mit den amerikanischen SWAT-
11 Einheiten. Auch hier zeigen die Binnenstruktur der Einheit, ein Missverhältnis zur Polizei als
12 Freund*in und Helfer*in.

13 Für uns ist daher klar, dass die BFE und die BFE+ abgeschafft gehört und die Bereitschaftspoli-
14 zeien sich einer konsequenten Kennzeichnungspflicht unterwerfen müssen. Nur so können
15 Grundrechte sichergestellt werden und ein Misstrauen bzw. Ablehnung der Polizei als Ganzem
16 in der Gesellschaft vorgebeugt werden.

Begründung:

erfolgt mündlich.

U1

Beschluss 2018.U1: Als die Tiere den Wald verließen – Eine Geschichte vom Wolf

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

- 1 Die Jusos Göttingen fordern die SPD Niedersachsen auf, an einer sachlichen Diskussion über den
- 2 Wolf festzuhalten und sich nicht auf eine Debatte über die Entnahme von Tieren zu beschränken,
- 3 sondern sich vermehrt für den Herdenschutz, Aufklärungs- und Entschädigungsmaßnahmen der
- 4 Besitzer*innen potentieller Beutetiere einzusetzen.

Begründung:

Niedersachsen insgesamt und speziell auch der Harz sind jetzt wieder Verbreitungsgebiete des Wolfes. Das sind Anzeichen für ein sich erholendes Ökosystem und eine Erfolgsgeschichte des Artenschutzes.

Wir begrüßen Initiativen, die eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema führen und verurteilen die Rufe nach einem generellen Abschuss der Tiere. Der Wolf wird seit Jahrhunderten, insbesondere durch die deutsche Belletristik (z.B. Rotkäppchen) und Mythenbildung, als hinterlistiges und brutales Wesen dargestellt.

Die Ausrottung des Wolfes hatte Folgen für die vielfältigen Ökosysteme in Niedersachsen. Durch die natürliche Verbreitung vom Wolf werden die Wildbestände natürlicher reguliert als es durch die Bejagung möglich ist. Beutetiere werden durch die Anwesenheit von Fressfeinden quantitativ reduziert, wodurch Wildschäden verringert werden; außerdem profitiert, im Gegensatz zur menschlichen Entnahme der Wildtiere, das ganze Ökosystem vom Wolf.

Bei Gefahr für den Menschen und auffälligem Verhalten ist die Entnahme des Tieres durch Berufsjäger*innen vorgesehen und dies bedarf einer Sondererlaubnis, somit bleibt die Entnahme des Wolfes eine politische Entscheidung. Die Ängste der Menschen müssen ernst genommen werden, dürfen dabei aber nicht aufgebauscht oder instrumentalisiert werden. Der Wolfsriss von Nutztieren kann und wird vorkommen, durch Herdenschutzmaßnahmen der Eigentümer*innen können diese jedoch minimiert werden. Weniger Bürokratie und eine erleichterte Hilfe durch Bund und Land bei Maßnahmen für den Herdenschutz und bei der Entschädigung durch einen Wolfsriss

sind Themen, die primär angesprochen werden müssen, um den Wolf wieder in dem Ökosystem und in unserer gesellschaftlichen Verhandlung ebendieser verankern zu können.

Wir verurteilen die niedersächsische rechte und liberale Opposition für eine angstschürende Debattenkultur, die sich nur über die Entnahme der Tiere dreht und wünschen ein Umdenken dieser Debattenkultur.

U2	Beschluss 2018.U2: Pfand gehört daneben - überall
	Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand
	Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung

- 1 Wir fordern eine deutschlandweite Strategie zur Umsetzung von Maßnahmen für eine geordnete
- 2 und frei zugängliche Pfandsammlung in Innenstadtbereichen und perspektivisch auch in kleine-
- 3 ren Kommunen. Öffentliche Abfallbehälter sollen durch Pfandsammelstellen wie dem Pfandring,
- 4 dem Pfandregal oder anderen geeigneten Konstruktionen unabhängig von Abfallbehältnissen
- 5 aufgestellt werden, um so Pfandsammler*innen ihre Tätigkeit menschenwürdiger und ungefähr-
- 6 licher gestalten zu können.

- 7 Konkret fordern wir die Stadt Göttingen dazu auf, kurz- bis mittelfristig geeignete Pfandsammel-
- 8 stellen (wie bspw. einen Pfandring) im Innenstadtbereich zu prüfen und flächendeckend aufzu-
- 9 stellen, um eine Vorzeigerolle in dieser Thematik neben Städten wie Hamburg, Hannover und Köln
- 10 zu übernehmen und anderen Kommunalverwaltungen den Nutzen dieser Sammelstellen zu de-
- 11 monstrieren.

Begründung:

Die bundesweite Initiative „Pfand gehört daneben“ aus Hamburg hat eine Kampagne zur Vermeidung von bloßem Wegschmeißen von Pfandbehältnissen schon im Jahr 2011 gestartet und damit das Thema auf die Agenda gebracht. Pfandflaschen und -dosen landen noch immer zu häufig einfach in Mülleimern oder innerstädtischen Parkanlagen, werden entsorgt und einfach mit den anderen Mischabfällen verbrannt. Laut der Initiative werden so Pfandwerte in Höhe von 172 Millionen Euro jedes Jahr weggeworfen. [1]


Die konkrete Umsetzung der Idee, Pfand nicht einfach wegzuwerfen oder unter Mülleimer zu stellen, fand Paul Ketz mit seiner Realisierung eines sogenannten Pfandrings, den wir als Beispiel gerne aufführen. 2012 erhielt er für sein Projekt den Bundespreis ecodesign. Der Pfandring kann als „Add-on“ für bestehende Mülleimer gesehen werden. Sie werden bislang maßgefertigt und können an den Mülleimern direkt befestigt werden. Mit diesen Pfandrängen können Passant*innen ihre Dosen und Flaschen mit Pfandwert ohne zusätzlichen Aufwand direkt am Mülleimer in Halterungen stellen – und Pfandsammler*innen diese direkt dort wieder entnehmen. Städte wie Hamburg, Köln oder Bamberg haben diese Pfandränge bereits abgenommen.

Eine weitere Problematik kann mit solchen Systemen wie dem Pfandring ebenfalls verbessert werden: Die sich täglich auf den Straßen unterwegs befindenden Pfandsammler*innen werden bei ihrer Tätigkeit weniger Gefahren und Selbstdemütigungen ausgesetzt. Der blinde Griff in hunderte Mülleimer täglich zur Suche nach Pfandbehältnissen stellt nämlich in zweierlei Hinsicht ein Problem dar. Die Demütigung, in einen Eimer zu greifen, in den andere Mitmenschen ihre Abfälle hineingeworfen haben, kann aus den Städten verbannt werden, denn Menschenwürde hört nicht beim Pfandsammeln auf. Weiterhin sind die gesundheitlichen Gefahren beim Griff in einen Mülleimer nicht zu unterschätzen. Neben Viren und anderen Krankheitserregern sammeln sich nämlich auch spitze und scharfe Gegenstände in Diesen, die Verletzungen und Entzündungen nach sich ziehen können.

Wir sehen, Pfandsammelstellen in innerstädtischen Bereichen verbessern nicht nur die Rückführung von Pfandbehältnissen in ihre zugehörigen Recyclingkreisläufe, sondern helfen auch, die Tätigkeit von pfandsammelnden Menschen enorm zu verbessern und erleichtern. Der Aufwand für die Etablierung dieser Konstruktionen wird sich im Verhältnis zu den Vorteilen ebenjener als gering einschätzen lassen. Nicht zuletzt setzt der Einsatz solcher Sammelstellen ein klares Zeichen gegen gegenwärtige Tendenzen, Pfandsammeln an bestimmten Orten wie Bahnhöfen oder Flughäfen zu kriminalisieren und möglichst zu erschweren – damit ist unserer Ansicht nach unter dem Strich niemandem geholfen.

Wir fordern daher: **Pfand gehört daneben – überall!**

[1] Diese und weitere Informationen wurden der Webpräsenz der Initiative „Pfand gehört daneben“ entnommen: Vgl. <http://www.pfand-gehört-daneben.de/> [Letzter Abruf 04.04.2018]

	<p>Beschluss 2018.W1: Genossenschaftliche Wirtschaft fördern</p> <p>Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand</p> <p>Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag</p>
---	---

- 1 Wir fordern, die Körperschaftssteuer für alle eingetragenen Genossenschaften (eG) im Sinne des
- 2 §1 GenG , bei welchen die Mehrheit der Arbeitnehmer*innen stimmberechtigte und ertragsbe-
- 3 rechtigte Genossenschaftsmitglieder sind, abzuschaffen und staatliche Instrumente zur Förde-
- 4 rung von Produktivgenossenschaften zu implementieren.

Begründung:

Darstellung der gegenwärtigen Situation

Die Rechtsform der Genossenschaft zeichnet sich durch das Ziel aus, [...] *den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern* [...] (nach §1 GenG). Damit stellt die genossenschaftliche Wirtschaftsform eine notwendige Verknüpfung zwischen ökonomischer Wertschöpfung und gleichzeitiger Berücksichtigung sozialer und potentiell auch ökologischer Interessen dar. Sie ermöglicht es ihren Mitgliedern, gleichberechtigt an Gewinnen ihrer Arbeit teilzuhaben und demokratisiert zusätzlich die Produktionsprozesse, sofern es sich um eine Produktivgenossenschaft handelt.

Derzeit sind in Deutschland nur land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften sowie Wohnungsbaugenossenschaften und Genossenschaften des öffentlichen Rechts (z.B. Deichgenossenschaften) von der Körperschaftssteuer befreit.

2016 waren in der BRD 5664 Genossenschaften eingetragen (DGRV), die sich in unterschiedliche wirtschaftliche Branchen engagieren. Die Verteilung der Einzelgenossenschaften auf die Wirtschaftssektoren zeigt jedoch eine deutliche Abweichung von dem entsprechenden Anteil der Sektoren sowohl an der Anzahl der Beschäftigten als auch an dem Anteil des jeweiligen Sektors am BIP. So sind Genossenschaften eine verhältnismäßig häufige Rechtsform im Kreditwesen (Volksbanken), in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion und im Einzelhandel (als gewerbliche Genossenschaften, z.B. EDEKA, REWE). Unterrepräsentiert dagegen sind das Handwerk und die verarbeitende Industrie.

Kritik an der gegenwärtigen Situation

Während die deutsche Wirtschaft kontinuierlich über die vergangenen Jahre (seit 2010, s. Bericht des Statistisches Bundesamt) wächst und gleichermaßen die oberen Einkommen zunehmen, trifft dies auf die unteren Einkommen nicht zu. Die wachsende Differenz der Einkommen befördert eine Desintegration gesellschaftlicher Schichten und ist Ausdruck der Entkopplung von Arbeit und Lohn. Privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen lassen diejenigen, die wirtschaftlichen Mehrwert erarbeiten, nicht am Gewinn der Arbeit teilhaben und bevormunden Arbeitnehmer*innen in abhängiger Beschäftigung, weil wirtschaftliche Entscheidungen von den Eigentümer*innen gefällt werden und nicht von allen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind.

Die gegenwärtigen politischen Spannungen können vor diesem Hintergrund auch als eine Folge der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der 1990er und 2000er Jahre verstanden werden und fordern eine fundamentale Umkehr in ebendiesen Politikfeldern.

Genossenschaftlich organisierte Betriebe stellen, wie oben dargestellt, eine gute Möglichkeit dar, die Beschäftigten an Entscheidungen an ihren Arbeitsplatz und an dem Gewinn ihrer Arbeit teilhaben zu lassen. Insbesondere in den Bereichen Handwerk und industrielle Produktion finden sich jedoch sehr wenige Genossenschaften. Durch die hohen finanziellen und organisatorischen Belastungen bei der Gründung von Genossenschaften stellen sich diese im Vergleich zu Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit begrenzter Haftung konkurrenzschwächer dar.

Lösungsansätze

Genossenschaften ermöglichen es, durch die partizipative Eigentumsstruktur Gewinne gerechter zu verteilen und gleichzeitig die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz auszuweiten. Sie setzen das demokratische Prinzip auch in wirtschaftlichen Belangen um und weiten die Funktion eines Unternehmens von der rein ökonomischen Aufgabe auf soziale und kulturelle Aspekte aus.

Die ILO (International Labour Organization) gibt das Genossenschaftsmodell als zukunftsweisend für eine nachhaltige (weil sozial und ökologisch nachhaltig) und innovative Wirtschaft an. Sie sei weniger von negativen Konjunkturschwankungen beeinflusst und ermögliche daher sicherere und besser bezahlte Arbeitsplätze als Kapitalgesellschaften. Besonders in wirtschaftlich schwachen Gegenden können Genossenschaften die regionale Wirtschaft maßgeblich positiv beeinflussen (Genossenschaften als Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung, ILO 2014). Außerdem

engagieren sich schon heute Genossenschaften in innovativen und alternativen Projekten (erneuerbare Energien, ...), weil ihre Aufgaben über rein wirtschaftliche Interessen hinaus gehen.

Durch eine steuerliche Bevorzugung von Genossenschaften durch den Wegfall der Körperschaftsteuer würden Genossenschaften deutliche wirtschaftliche Vorteile im Vergleich zu anders organisierten Unternehmen erlangen. Zusätzliche staatliche Gründungskredite und Beratungsangebote könnten Neugründungen für Genossenschaften besonders auch in traditionell privatwirtschaftlichen Branchen fördern. Dadurch können nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – auch in Industrieländern wie Deutschland – und eine ausgeglichene Einkommensverteilung und damit verbundene soziale Gerechtigkeit erreicht werden.

W2

Beschluss 2018.W2: Erste Klasse auf das Abstellgleis. Einheitsklasse im Regionalverkehr

Antragsteller*in: Juso-Unterbezirksvorstand & Juso-Stadtverbandsvorstand

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz, SPD Göttingen Jahreshauptversammlung, SPD-Landesparteitag

1 Die Jusos Göttingen fordern die Abschaffung der ersten Klasse in den Regionalzügen im deut-
2 schen Schienenpersonennahverkehr. Die Deutsche Bahn sowie die einzelnen privaten Eisen-
3 bahngesellschaften werden durch die Aufgabenträger der Länder dazu verpflichtet, künftig nur
4 noch eine Einheitsklasse in den Zügen des Nahverkehrs anzubieten, um Kapazitätsprobleme in
5 den Stoßzeiten und im Alltag entgegenzuwirken. Mobilität soll für alle Menschen gleichermaßen
6 preiswert zur Verfügung stehen und die erste Klasse im Nahverkehr als Rudiment aus alten Zeiten
7 auf das Abstellgleis verbannt werden.

8 Begründung:

9 Immer mehr Menschen fahren mit Bus und Bahn. Im letzten Jahr trotz durchschnittlich um 1,8%
10 gestiegenen Preisen mittlerweile 10,3 Milliarden Fahrten mit dem öffentlichen Personennahver-
11 kehr. [1] Die Betreiber*innen beklagen dabei vermehrt die sogenannte Überauslastung vieler Li-
12 nien in den Ballungszentren. Auch vielen Pendler*innen ist dabei vielleicht die folgende Situation
13 bekannt: Eine volle Regionalbahn, es geht kaum rein oder raus, eine Person mit Kinderwagen
14 muss sogar draußen bleiben – es passt nichts mehr! Nichts? Nein, ein durch eine zusätzliche Tür
15 abgegrenzter Bereich zeigt, dass noch Sitzplätze zur Verfügung stehen. Leider ist es die erste
16 Klasse, leer, wie gewohnt, da sich mittlerweile eh kaum noch eine Person ein erste Klasse Ticket
17 für den Nahverkehr kauft. Auf Nachfrage verweist der*die Schaffner*in auf die geltenden Beför-
18 derungsbedingungen, in denen der Übergang in die erste Klasse bei Einzelfahrten oder Zeitfahr-
19 karten hinzugebucht – also bezahlt – werden muss. Das ist ein Zustand, der sich nicht mit einer
20 solidarischen Nutzung des Nahverkehrs vereinen lässt.

21 Vor allem Berufspendler*innen leiden unter dem fehlenden Platz zu den Stoßzeiten. Der Ver-
22 kehrsbund Rhein-Sieg hat daher 2015 eine einjährige Testphase beschlossen, in der in stark aus-
23 gelasteten S-Bahnen die 1. Wagenklasse auch von 2. Klasse-Ticketinhaber*innen genutzt werden
24 konnte, da durchschnittlich von acht Plätzen in der ersten Klasse sieben leergeblieben wären. [2]
25 Der Feldversuch wurde mittlerweile beendet, nur wenige Beschwerden und eine spürbare Entlas-
26 tung durch die zusätzlichen Sitzgelegenheiten führten zu der Entscheidung, die Abschaffung der

1 ersten Klasse in den betroffenen S-Bahnlinien dauerhaft aufrecht zu halten. Die Freigabe weiterer
2 Nahverkehrslinien werde geprüft. [3] Die S-Bahn-Hamburg und die S-Bahn-München haben die
3 erste Klasse übrigens schon 2000 bzw. 1983 abgeschafft!

4 Die benannten Beispiele beschreiben einen seit Langem laufenden Prozess. Mit einer flächende-
5 ckenden Abschaffung der Ersten Klasse im Nahverkehr beenden wir ein schlichtweg veraltetes
6 Kapitel deutscher Eisenbahngeschichte. Die 1. Klasse-Abteile sind in vielen Zügen von Anbie-
7 ter*innen von Schienennahverkehrsleistungen bereits auf ein Minimum von wenigen Sitzen re-
8 duziert worden – die Nachfrage ist schlicht zu gering. Der Erhalt dieser Abteile ist daher durchaus
9 auf eine gewisse Tradition aus alten Eisenbahnzeiten zurückzuführen – eine Tradition, die ihre
10 Funktionalität längst überdauert hat. Uns sollte es darum gehen, die Züge bestmöglich auszulast-
11 ten, nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Beweggründen. Je mehr Men-
12 schen auf die „Öffis“ umsteigen, desto weniger Individualverkehr belastet zusätzlich unsere Um-
13 welt. Leerstehende Abteile, in denen Menschen durchaus Platz finden könnten, sind da kontra-
14 produktiv und gehören konsequenterweise abgeschafft.

15 Die Finanzierung des Nahverkehrs ist stark durch den Staat subventioniert, da er sich nicht durch
16 Fahrkartenverläufe selbst tragen kann. Diese Subventionen werden durch die Steuerzahler*innen
17 ermöglicht, die damit von den subventionierten Eisenbahnunternehmen gleichermaßen profitie-
18 ren sollten. Auch da stellt sich die Frage, inwiefern sich höherpreisige Abteile im Nahverkehr nach-
19 vollziehbar für die steuerzahlenden Menschen begründen lassen. Die Rechnung ist da recht ein-
20 fach: Die geringe Auslastung und damit zusammenhängend die geringen Einnahmen durch Ti-
21 ckets für die 1. Klasse müssen durch weitere Zuschüsse vom Staat auch weiter subventioniert
22 werden – der Rahmen dieser Mehrkosten hält sich dabei in Grenzen. Der Mehrwert für die Bahn-
23 fahrer*innen überwiegt dabei klar, wie auch die Auswertung des Pilotprojektes im Ruhrgebiet
24 exemplarisch aufzeigt.

25 Die Richtung ist klar: Wer auch neue Personengruppen für den öffentlichen Personenverkehr be-
26 geistern will, muss diesen attraktiv gestalten. Eine Grundlage dabei ist eine ausreichende Kapazi-
27 tät. Während mittel- bis langfristig natürlich Taktverdichtungen, Streckenneubau und weitere kos-
28 tenintensivere Maßnahmen ergriffen werden müssen, ist der Handlungsspielraum für kurzfristige
29 Optimierungen geringer. Eine Maßnahme dafür ist die Abschaffung der ersten Klasse.

30 [1] Vgl. <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/busse-und-bahnen-nahverkehr-verzeichnet-2017-er->
31 [neut-fahrgastrekord-a-1185256.html](http://www.spiegel.de/auto/aktuell/busse-und-bahnen-nahverkehr-verzeichnet-2017-er-neut-fahrgastrekord-a-1185256.html) [Letzter Abruf 17.03.18]

- 1 [2] Vgl. <https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/1-klasse-plaetze-in-der-s-bahn-werden-kaum-beansprucht.html> [Letzter Abruf 17.03.18]
- 2
- 3 [3] Vgl. <https://www.vrsinfo.de/presse/presseartikel/presse/erfolgreicher-feldversuch-fuehrt-zur-dauerhaften-freigabe-der-1-klasse-in-den-s-bahnen-12-13-und-1.html> [Letzter Abruf 17.03.18]
- 4

W3

Beschluss 2018.W3: **Besteuerung von sehr hohen Einkommen ausweiten**

Antragsteller*in: Malte Müller

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

- 1 Wir fordern die Änderung des §32a Absatz 1 EStG dahingehend, dass eine weitere Steuerstufe
- 2 eingefügt wird. Nach dieser Steuerstufe wird der Teil des zu versteuernden Einkommens, wel-
- 3 cher 5.000.000 Euro pro Jahr übersteigt mit einem marginalen Steuersatz von 65% besteuert.

Begründung:

Der durchschnittliche Brutto-Lebensverdienst einer Person mit Hochschulabschluss liegt bei 2,32 Mio. Euro, bei einer Person mit Berufsausbildung im Durchschnitt bei 1,325 Mio. Euro. (Quelle: Statista: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/288922/umfrage/durchschnittliche-lebensverdienste-in-deutschland-nach-bildungsabschluss/>)

Im Falle von Personen, und in der Regel Leitungspersonal, welche in einem Jahr mehr als das doppelte des Lebensverdienstes der bereits gut verdienenden Hochschulabsolvent*innen an Einkommen beziehen ist es recht fragwürdig ob durch solch hohe Bezüge tatsächliche erbrachte Arbeitsleistung und persönliche Fähigkeiten entlohnt werden. Vielmehr scheint es der Fall zu sein, dass in diesem Einkommenssegment, in dem Lohnvergleiche allgemein recht schwer sind, es die Lohnbezieher*innen schaffen die Entlohnung für andere Faktoren zu sich umzuverteilen; sei dieses durch eine ungerechtfertigt niedrige Entlohnung der Beschäftigten, eine übermäßige Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen wie Bildung und Infrastruktur oder einen fehlenden Ausgleich für die Inanspruchnahme der Umwelt. Deshalb ist es nur angebracht und gerechtfertigt wenn sich diese Lohnbezieher*innen stärker wie bisher an den Kosten des Staats- und Gemeinwesen beteiligen.

Verschiedene linke politische Organisationen diskutieren im Moment die Begrenzung von Managergehältern, da diese insbesondere bei den Gehältern von Vorständen börsennotierter Gesellschaften drastisch ein Vielfaches des Median- und Durchschnitts-Verdienstes im Unternehmen darstellen. Dagegen argumentieren diese Unternehmen, dass eine Begrenzung von Gehältern das Anwerben qualifizierten Personales erschweren dürfte.

Unabhängig davon wie berechtigt dieser Einwand ist stellt eine steuerliche Erschwerung sehr hoher Nettoeinkommen durch eine stärkere Besteuerung sehr hoher Bruttoeinkommen eine elegantere Lösung dar. Eine Begrenzung von Gehältern garantiert eben nicht, dass die Mitarbeiter*innen in der Breite höhere Gehälter erhalten. Sofern die gewerkschaftlichen Strukturen und die Strukturen der Arbeitnehmer*innen Vertreter in den Betrieben schwach sind dürften die nicht gezahlten Gehälter erst mal den Anteilseignern der Unternehmen, also den Aktionär*innen, zufließen und die Vermögens- und Aktienverteilung ist in Deutschland noch ungleicher als die recht ungleiche Einkommensverteilung.

Die steuerliche Lösung ermöglicht es den Unternehmen auch weiterhin aus ihrer Sicht entsprechende Gehälter zu zahlen, nur müssen die Bezieher*innen dann marginal 65% wieder der Gesellschaft zuführen, anstatt wie aktuell 45% nach dem sogenannten Reichensteuersatz. Durch die zusätzlichen Steuereinnahmen wird es dem Staat möglich untere und mittlere Einkommen zu entlasten und auch z. B. Bildungsangebote zu fördern um die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensvergleich in Deutschland zu lindern.

W4

Beschluss 2018.W4: **Änderung des Kinderfreibetrags**

Antragsteller*in: Malte Müller

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Unterbezirksparteitag

- 1 Wir fordern, dass die das Kindergeld und den Kinderfreibetrag betreffenden Regelungen, insbe-
- 2 sondere des Einkommenssteuergesetzes, dahingehend geändert werden, dass der Kinderfrei-
- 3 betrag nicht mehr auf das zu versteuernde Einkommen angerechnet wird, sondern ein einheitli-
- 4 cher, äquivalenter Betrag in Höhe des Kindergeldes von der tariflichen Einkommenssteuer abge-
- 5 zogen wird. Die momentanen Regelungen zu Zahlung und Verrechnung des Kindergeldes blei-
- 6 ben für den Moment unangetastet.

Begründung:

Kindergeld und Kinderfreibetrag stellen eine steuerliche Entlastung für steuerpflichtige Personen dar, um die Mehrbelastung durch die Verantwortung für Kinder abzufedern. Allerdings ist diese Entlastung umso höher je höher das zu versteuernde Einkommen ist, da der marginale Einkommenssteuersatz bei Gut-Verdiener*innen deutlich höher ist als bei Schlecht-Verdiener*innen. Dieses ist nicht nur unsozial, sondern wendet auch staatliche Mittel für Personen auf, welche diese nicht so dringend brauchen, während sie an dringenderer Stelle fehlen. Eine Berücksichtigung des Kinderfreibetrages bei der tariflichen Einkommenssteuer anstatt beim zu versteuernden Einkommen stellt Gut-Verdiener*innen und Schlecht-Verdiener*innen hier steuerlich gleich, da der progressive Einkommenssteuertarif nicht mehr wirkt. Nichts desto trotz müssen untere und mittlere Einkommen weiter, an anderer Stelle, entlastet werden. Gegenüber einer Zahlung von Kindergeld über alle Einkommensgruppen hinweg hat die oben vorgeschlagene Regelung den Vorteil, der Einsparung des Verwaltungs- und Überweisungsaufwandes bei den höheren Einkommensklassen durch die Anrechnung auf den Bruttolohn durch den Arbeitgeber. In Bezug auf die tatsächliche Unterstützung bzw. Entlastung für Familien wären beide Vorschläge gleich.

W5

Überweisung 2018.W5: **Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines nichtheteronormativen Familiensplittings**

Antragsteller*in: Malte Müller

Der Antrag wurde an den Arbeitskreis Arbeit, Wirtschaft und Soziales überwiesen.

- 1 Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings, welches
2 auch nichtheteronormativen Lebens- und Familienformen einschließt.
- 3 Konkrete fordern wie eine Änderung des §32a Absatz 5 EStG, dahingehend, dass die Nutzung
4 des Splitting-Tarifs nicht mehr an eine Eheschließung gebunden ist, sondern daran, dass eine
5 bis zwei Personen alleine oder gemeinsam Verantwortung für mindestens ein minderjähriges
6 Kind übernehmen, mit dem mindestens eine dieser Personen eine leibliche, adoptive oder
7 Pflege-Verbindung hat und zugleich diese Personen einen gemeinsamen Haushalt begründen.
- 8 §32a Absatz 5 EStG soll dahingehend geändert werden, dass für jede volljährige Person im ge-
9 meinsamen Haushalt bei der Bestimmung des Splittingtarifes ein Faktor von 1 angelegt wird, für
10 jede minderjährige Person ein sich nach den tatsächlichen durchschnittlichen, nach Alter gestaf-
11 felten Bedarfen abweichender Faktor, z. B. für Kinder unter 12 Jahren ein Faktor von 0,5 und für
12 Kinder zwischen 12 und 18 Jahren ein Faktor von 0,75. Die Summe der Faktoren des gemeinsa-
13 men Haushaltes stellt den Splittingfaktor dar. Die tarifliche Einkommensteuer beträgt das mit
14 dem Splittingfaktor multiplizierte Vielfache des Steuerbetrages, der sich für das durch den Split-
15 tingfaktor geteilte zu versteuernde Einkommen nach §32a Absatz 1 EStG ergibt. Eine Haftbarkeit
16 für Einkommenssteuer durch minderjährige Personen eines Haushaltes für die Steuerschuld
17 des gesamten Haushaltes, oberhalb ihrer auf eigene Einkünfte entfallende anteilige Steuerlast,
18 ist ausgeschlossen.
- 19 Des weiteren fordern wir die Abschaffung der Lohnsteuerklassen III und V, sodass Personen die
20 nach dem oben beschriebenen Familiensplitting besteuert werden unter die Lohnsteuerklasse
21 IV fallen.

Begründung:

Die Nutzung des Ehegattensplittings-Tarifes stellt eine deutliche steuerliche Entlastung dar, jedoch wird die Förderung von Familien in der Regel nicht erreicht bzw. ist zu stark begrenzt. Zum einem steht der Splittingtarif auch (freiwillig oder unfreiwillig) kinderlosen Paaren zu, zum

anderen stellt das Ehegattensplitting Lebensformen in denen Personen alleinerziehend oder Paare unverheiratet Verantwortung für Kinder und ihre Familie übernehmen relativ zu verheirateten Paaren schlechter. Ein Familiensplittingtarif der unabhängig vom Ehestatus und Lebensform Familien mit Kind entlastet bietet hier Abhilfe.

Des weiteren sind die aktuellen Lohnsteuerklassen III und V eine nicht mehr zeitgemäße Förderung der Alleinverdiener-Ehe. Zwar werden am Jahresende die unterschiedlichen Lohnsteuersätze der Lohnsteuerklassen durch die Steuererklärung wieder aufgehoben, allerdings bleibt dem schlechter verdienenden Partner entsprechend der monatlichen Verdienstbescheinigung deutlich weniger Netto vom Bruttoverdienst. Aufgrund des Gender-Pay-Gap sind dieses leider in der Regel die Frauen. Paare werden hierdurch demotiviert gleichmäßig am Arbeitsleben aktiv teilzunehmen und Frauen bekommen einen Anreiz sich (alleine) um Kinder und Haushalt zu kümmern, anstatt diese Aufgaben gleichmäßig mit dem Partner zu erledigen. Diesen Umstand können wir aufgrund unserer feministischen und um Gleichstellung bemühten Grundhaltung nicht zulassen.

Auch verbessert die Begrenzung der Nutzung des Splittingtarifes auf die Zeit in der minderjährige Kinder im Haushalt leben den Anreiz für beide Partner auch während dieser Zeit aktiv im Berufsleben zu bleiben, da Steuervorteile vor und nach den Kindern im gemeinsamen Haushalt entfallen.

W6	<p>Überweisung 2018.W6: Vermögenssteuer wieder einführen</p> <p>Antragsteller*in: Malte Müller</p> <p>Der Antrag wurde an den Arbeitskreis Arbeit, Wirtschaft und Soziales überwiesen.</p>
-----------	---

- 1 Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.
- 2 Auf den Teil des Nettovermögens einer Person, der 1.000.000 Euro übersteigt wird pro Jahr Ver-
- 3 mögenssteuer in Höhe von 0,5% fällig, auf den Teil des Nettovermögens der 10.000.000 Euro
- 4 übersteigt wird pro Jahr Vermögenssteuer in Höhe von 1,5% fällig.
- 5 Grundstücks- und Wohnungsvermögen wird von der Besteuerung durch Vermögenssteuer aus-
- 6 genommen, da dieses Vermögen durch die Grundsteuer separat besteuert wird. Allerdings for-
- 7 dern wir eine Reformierung der Grundsteuer, um hohe und sehr hohe Vermögen in Form von
- 8 Grundbesitz wirksam entgegen zu können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

W7

Überweisung 2018.W7: Erbschaftssteuer wirksam und demokratisch sozialistisch gestalten

Antragsteller*in: Malte Müller

Der Antrag wurde an den Arbeitskreis Arbeit, Wirtschaft und Soziales überwiesen.

1 Wir fordern die Änderung des Erbschaftssteuergesetzes dahingehend, dass der Teil der Erb-
2 schaft die auf eine Erbnehmer*in entfällt und den aktuellen Freibetrag pro Erbnehmer*in über-
3 steigt (sprich Ehegatten/Lebenspartner: 500.000, Kind/Stiefkind: 400.000 €, Kind eines verstor-
4 benen Kindes/Stiefkindes: 400.000 €, Kind eines lebenden Kindes/Stiefkindes: 200.000 €, sons-
5 tige Person aus Steuerklasse I: 100.000 €, Person aus Steuerklasse II oder III: 20.000 €) mit ei-
6 nem Erbschaftssteuersatz von 100% besteuert wird.

7 Artikel 14 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes ist entsprechend zu ändern zu: „Das Eigentums-
8 recht wird gewährleistet.“

9 Sofern wie oben beschrieben Erbschaftssteuer fällig werden würde und sich diese aus von der
10 Erbnehmer*in oder dessen Familie selbst bewohnten Grundstücks- oder Wohnungseigentum
11 oder aus dem Eigentum von Unternehmensanteilen oder Betriebsvermögen ergeben sollte
12 kann die Erbnehmer*in ein Darlehn in Höhe der auf das Grundstücks-, Wohnungs-, Unterneh-
13 mensanteils- oder Betriebsvermögens anfallenden Erbschaftssteuer bei der Kreditanstalt für
14 Wiederaufbau (KfW) zur sofortigen Tilgung der Erbschaftssteuerschuld in Anspruch nehmen.

15 Das Darlehn der KfW ist zinslos, hat eine Laufzeit von jeweils 30 Jahren, wird im Allgemeinen mit
16 gleichbleibenden monatlichen Raten bedient, Sondertilgungen sind nach Belieben der Erbneh-
17 mer*in jederzeit möglich und über Härtefall Zahlungspausen bei Einhaltung der maximal Lauf-
18 zeit soll ein Ausschuss der KfW entscheiden.

19 Das Darlehn der KfW wird besichert durch anteilige Rechte am Grundstücks-, Wohnungs-, Un-
20 ternehmensanteils- oder Betriebsvermögens, welche dem Anteil des ausstehenden Darlehnsbe-
21 trages am Gesamtdarlehn unter Anrechnung des Erbschaftssteuerfreibetrages entsprechen. Die
22 Anteilseignerrechte der KfW an Unternehmensanteilen oder Betriebsvermögen werden auf die
23 eines stillen Gesellschafters beschränkt, die KfW erhält allerdings keine Dividenden oder andere
24 Ausschüttungen des Unternehmens an seine Eigentümer*innen. Die Auflösung eines Unter-
25 nehmens oder Betriebes an dem die KfW Rechte zur Besicherung hält bedarf außerhalb eines

1 ordentlichen betrieblichen Insolvenzverfahrens der Zustimmung der KfW. Sofern die Darlehns-
2 nehmer*in die Grundstücks-, Wohnungs-, Unternehmensanteils- oder Betriebsvermögenswerte
3 veräußert, verschenkt oder anderweitig das Vermögen der Darlehnsnehmer*in verlassen ist
4 der Restdarlehnsbetrag unverzüglich zu tilgen. Sofern die Veräußerung in ordentlicher Weise
5 unter Marktbedingungen statt gefunden hat ist der Restdarlehnsbetrag auf den Betrag zu redu-
6 zieren dem der Anteil des Verkaufserlöses entspricht der vom Gesamtdarlehnsbetrag noch aus-
7 stehend ist, sprich sofern der Vermögenswert im Laufe der Zeit Wertminderungen erfahren hat
8 reduziert die Wertminderung im Falle der Veräußerung die Darlehnsschuld anteilig. Die Darle-
9 hensschuld erlischt im Falle des Todes der Darlehnsnehmer*in.

10 Die Steuereinnahmen aus der oben beschriebenen Erbschaftssteuer sollen dafür genutzt wer-
11 den jungen Menschen einen erfolgsversprechenden Staat in das Leben als Erwachsene*r zu er-
12 möglichen. Daher fordern wir, dass die neu generierten Erbschaftssteuereinnahmen dafür ver-
13 wendet werden einen Startfond für junge Menschen zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Einnah-
14 men aus der Erbschaftsteuer eines Jahres werden jeder Person die im folgenden Jahr die Voll-
15 jährigkeit erreicht anteilig und in gleicher Höhe als Startfond zum Abruf zur Verfügung gestellt.

16 Abrufen können diese jungen, volljährigen Personen ihren Anteil am Startfond zur Finanzierung
17 eines Schulabschluss, der Unterstützung bei der Berufsausbildung, eines Studiums, einer Meis-
18 terausbildung oder anderer Bildungsmaßnahmen, zur Gründung oder Übernahme eines Betrie-
19 bes oder Unternehmens oder zur Überbrückung angespannter familiärer oder sozialer Situatio-
20 nen wie der eines Pflegefalles, Arbeitsplatzverlustes oder Schwangerschaft. Mittel die bis zum
21 30. Lebensjahr nicht abgerufen sind werden hälftig in bar ausgezahlt und hälftig in das Erb-
22 schaftsaufkommen des laufenden Jahres eingestellt. Mittel können sachgerecht als monatliche,
23 laufende Zahlung oder als Einmalzahlung abgerufen werden. Pro Person ist der Startfond auf
24 75.000 Euro beschränkt, das restliche Erbschaftssteueraufkommen fließt dem allgemeinen Steu-
25 eraufkommen des Bundes zu.

Begründung:

Erfolgt mündlich.